



## 2. Sitzung des Gemeinderates

|                       |                                                                                                                                                                 |
|-----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Datum, Zeit           | Montag, 29. Juni 2026, 19:00 Uhr bis 21:08 Uhr                                                                                                                  |
| Ort                   | Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf                                                                                                                 |
| Vorsitz               | Julian Croci (SP/GP), Gemeinderatspräsident                                                                                                                     |
| Anwesend              | 35 Gemeinderatsmitglieder                                                                                                                                       |
| Entschuldigt abwesend | Andrea Brühlmann (GLP)<br>Angelica De Monaco (FDP)<br>Nicole Zweifel (GLP/GEU) bis ca. 19:25 Uhr<br>Remo Stadler (Die Mitte/EVP)<br>Tanja Bösch (Die Mitte/EVP) |
| Protokoll             | Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin                                                                                                                       |
| Stimmenzählende       | Stefan Angliker (FDP)<br>Julia Stockmann (Die Mitte/EVP)<br>Angelika Murer Mikolasek (GLP)                                                                      |

---



## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Jahresrechnung 2025 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 13/2026
3. Geschäftsbericht 2025 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 14/2026
4. Privater Gestaltungsplan «GP Grütägert»  
Zustimmung  
GR Geschäft Nr. 50/2025
5. Kreditabrechnung für das Schulhaus Three Point  
GR Geschäft Nr. 8/2026
6. Objektkredit (Neue Ausgaben) für die Sanierung der Strasse und Erneuerung der  
Kanalisation an der Wilstrasse, Abschnitt Leepünt- bis Fällandenstrasse  
GR Geschäft Nr. 7/2026
7. Postulat Sofia van Moorsel (SP/GP) und 12 Mitunterzeichnende «Strategie im Umgang mit  
häuslicher und sexualisierter Gewalt in Dübendorf» / Überweisung  
GR Geschäft Nr. 20/2026
8. Verabschiedung des ausscheidenden Mitglieds des Stadtrates der Legislaturperiode 2022-  
2026

## 1. Mitteilungen

---

Der Gemeinderatspräsident begrüsst zur zweiten Sitzung des Gemeinderats in der Legislaturperiode von 2026 bis 2030.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist mit der Traktandenliste gemäss Artikel 46 der Geschäftsordnung des Gemeinderats rechtzeitig verschickt und im Glattaler als öffentliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Da zur Traktandenliste keine Änderungsanträge gestellt werden, gilt diese als genehmigt.



Für die heutige Sitzung haben sich Andrea Brühlmann (GLP), Angelica de Monaco (FDP), Remo Stadler (die Mitte/EVP), und Tanja Bösch (die Mitte/EVP), entschuldigt. Nicole Zweifel (GLP), wird verspätet erscheinen. Es sind somit aktuell 35 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat hat sich niemand abgemeldet.

Ratspräsident Julian Croci (SP/GP) informiert über die vom Stadtrat neu überwiesenen Geschäfte und politischen Vorstösse. Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung des Gemeinderats folgende Geschäfte überwiesen:

- Volksinitiative «Wiederherstellung der Fussgängerstreifen im Stadtzentrum»
- Umgang mit Schmierereien im öffentlichen Raum - Bewilligung Bruttokredit ab 2027

Die beiden Geschäfte werden von der GRPK vorberaten.

Seit der letzten Gemeinderatssitzung sind vier politische Vorstösse eingereicht worden:

- Postulat von Sofia van Moorsel (SP/GP) und zwölf Mitunterzeichnenden "Strategie im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in Dübendorf"
- Schriftliche Anfrage von Lukas Schanz (SVP) zur Werkflugplatz Dübendorf AG (WFD)
- Schriftliche Anfrage von Tanja Bösch (die Mitte/EVP) betreffend Japankäfer und Tapinoma-Ameisen
- Schriftliche Anfrage von Tanja Bösch (die Mitte/EVP) betreffend kurzfristige Massnahmen zur Abkühlung

Das Postulat ist für die heutige Sitzung traktandiert. Die schriftlichen Anfragen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

Die Antworten des Stadtrats sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage von David Siems (GP) zur ökologischen Umgestaltung und Ausbau der Geschiebesammlers am Tüfweg
- Schriftliche Anfrage von David Siems (GP) zur Preisgestaltung der Velomietboxen
- Schriftliche Anfrage von David Siems (GP) zur sinnvollen Regenwassernutzung in öffentlichen Gebäuden
- Dringliche Interpellation von Leandra Columberg (SP) und sieben Mitunterzeichnende zur Strategie der Glattwerk AG bezüglich der Förderung von Solarstrom
- Postulat von Thomas Maier (GLP) zur Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt. Die dringliche Interpellation von Leandra Columberg (SP) wird abgeschrieben, da die Interpellantin aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist. Das Postulat von Thomas Maier (GLP) wird für die nächste Gemeinderatssitzung traktandiert.

### Fraktionserklärung

An der heutigen Sitzung wurde eine Fraktionserklärung von der SVP angemeldet.

#### Orlando Wyss (SVP)

«Vorletzte Woche haben wir eine Medienmitteilung des Stadtrates über den Deutsch-Check anderthalb Jahre vor dem Kindergarten bekommen. Dort gab er bekannt, dass bei 38 % der Kinder ein Deutsch-Förderbedarf besteht.

Dies heisst übersetzt, dass vier von zehn Kindern zu wenig Deutsch können, um einem Unterricht folgen zu können. Man muss in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Gemeinderat 2021



die Motion «Verbesserung der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarteneintritt und in der Volksschule» von Angelika Murer Mikolasek (GLP) angenommen hat. Diese Motion begründete die Verbesserungsforderung mit den Erhebungen aus dem Jahr 2020.

Damals wurde der Deutschförderbedarf exakt mit der gleichen Grösse, nämlich 38 %, festgestellt. Wir können feststellen, dass das Problem überhaupt nicht entschärft wurde. Dafür geben wir für ein sogenanntes Pilotprojekt als Folge dieser Motion für vier Jahre über eine halbe Million Franken aus. In der Diskussion bei der Überweisung dieses Geschäfts stellte unser Stadtpräsident richtig fest, Zitat: «Somit bezahlt wieder einmal der Staat Kurse für nicht integrationswillige Einwanderer» Zitatende. Der Fraktionssprecher der SVP, Patrick Walder, sprach aus, wieso die SVP sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten hat: Zitat: «Wir versuchen mit dem Schlauch in der Hand das brennende Haus zu löschen, das durch die Politik selber in Brand gesteckt wurde und durch eine verfehlte Politik immer wieder entflammt wird» Zitatende. Da die anderen Parteien ausser der SVP für immer weniger Eigenverantwortung und immer mehr Staatsaufgaben eintreten, wurde diese Motion mit 26:0 Stimmen überwiesen. Wie Sie alle wissen, versuchte die SVP das Problem an seiner Wurzel anzupacken. Immerhin unterstützen am letzten Abstimmungswochenende über 45 % das Anliegen, «Keine 10 Millionen Schweiz». Nur durch eine noch nie dagewesene Fake-News und Lügenkampagne, an welcher sich sogar Bundesräte beteiligten, gelang es, die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP zu bodigen. Im Nachgang zu dieser Volksabstimmung gab es dann von den Parteienvertretern der Gegner, welche natürlich wussten, dass die SVP hier die richtige Lösung aufgezeigt hatte, vollmundige Versprechen, sich dem Problem der Masseneinwanderung anzunehmen. Doch wir wissen alle, dass auch in Zukunft nichts passieren wird und es immer schlimmer wird. So werden wir dann nach Ablauf des Pilotprojekts «Verbesserung der Deutschkenntnisse», wenn dann mittlerweile 5 von 10 Kindern die Deutschkenntnisse fehlen, um dem Unterricht zu folgen, dieses Projekt definitiv einführen, mit Millionenkosten für die Dübendorfer Steuerzahler.»

## **Persönliche Erklärungen**

Es sind keine persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

## **2. Jahresrechnung 2025 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 13/2026**

---

### Gemeindepräsident Julian Croci (SP/GP)

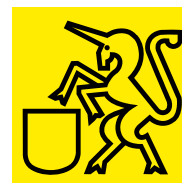
«Ich erkläre den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Eine eigentliche Eintretensdebatte gibt es nicht, da das Eintreten bei der Jahresrechnung obligatorisch ist. Ich schlage jedoch vor, dass wir, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, eine allgemeine Diskussion durchführen. Dabei können generelle Aussagen zur Jahresrechnung vorgebracht werden. Nach der Detailberatung findet dann die Abstimmung über die Genehmigung der Jahresrechnung statt. »

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

## **Generelle Diskussion**

### Thomas Maier (glp/GEU), Präsident der GRPK

«Ich freue mich sehr, dass ich ihnen das erste Mal für die GRPK als Präsident die Rechnung 2025 vorstellen darf. Bevor ich sie jetzt an diesem schönen Sommerabend in die harten Zahlen der Rechnung 2025 mitnehme, möchte ich zuerst Tanja Bösch ganz herzlich danken. Sie hat als GRPK-Präsidentin zielgerichtet, effizient und erfolgreich durch den ganzen Prüfprozess der Rechnung 2025 geleitet. Es ist dem sehr schnellen Legislaturwechsel geschuldet, dass ich jetzt hier vorne stehe und das Votum halte und nicht sie. Danke für Ihre wertvollen Inputs und Ihre Arbeit. Ich versuche das Alles jetzt möglichst gut wiederzugeben. Der Einfachheit halber halte ich mich sehr eng an das bereits seit vielen Jahren bewährte Vorgehen.



## Zum Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2025

\*\*\*Projektion der nachstehenden Folie\*\*\*

## Gesamtergebnis Erfolgsrechnung 2025

|                                  | Budget<br>in TCHF | Rechnung<br>in TCHF |
|----------------------------------|-------------------|---------------------|
| <b>Betrieblicher Ertrag</b>      | <b>+212'525</b>   | <b>+263'668</b>     |
| davon Steuern                    | 108'037           | 146'302             |
| <b>Betrieblicher Aufwand</b>     | <b>-222'927</b>   | <b>-229'242</b>     |
| davon Personal                   | 81'334            | 80'259              |
| davon Sachaufwand                | 35'564            | 35'661              |
| davon Abschreibungen             | 11'915            | 11'011              |
| davon Transferaufwand            | 93'912            | 99'924              |
| <b>Finanzergebnis</b>            | <b>+5'451</b>     | <b>+37'620</b>      |
| <b>Ausserordentlicher Ertrag</b> | <b>631</b>        | <b>631</b>          |
| <b>Nettoergebnis</b>             | <b>-4'318</b>     | <b>+72'677</b>      |

«Der betriebliche Ertrag beläuft sich auf 263,7 Mio. Franken, der betriebliche Aufwand auf 229 Mio. Franken dazu kommt das Finanzergebnis von plus 37,6 Mio. Franken, plus der ausserordentliche Ertrag von Fr. 631'000. Das ergibt einen Jahresüberschuss von 72,677 Mio. Franken, also ziemlich genau 77 Mio. Franken besser als budgetiert. Selbstverständlich fällt sofort die sehr grosse Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Budget auf.

Im Wesentlichen sind dafür folgende zwei Positionen verantwortlich. Der Fiskalertrag liegt gut 38 Mio. Franken über dem Budget und setzt sich wiederum aus drei Positionen zusammen: Die Grundstückgewinnsteuern fielen um 17,3 Mio. Franken, die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen um gut 11 Mio. Franken und die der natürlichen Personen um gut 10 Mio. Franken höher als budgetiert.

Für die zweite massgebliche Position ist die Neubewertung des Baurechts Hoffnig verantwortlich. Diese führt zu einem 32,2 Mio. Franken höheren Finanzertrag. Wichtig ist hier festzuhalten, dass diese zweite Position nicht cashwirksam ist.

Weiter tragen, wie sie auf der Folie sehen, ein tieferer Personalaufwand als budgetiert (ohne Springerkosten) und ein höherer Nettotransferertrag zu dem besseren Ergebnis bei.

Der ausserordentliche Ertrag ist dieses Jahr praktisch vernachlässigbar.



Im Gegensatz zum Budget, wo die Ausgaben für das nächste Rechnungsjahr genehmigt werden, prüft die GRPK bei der Jahresrechnung in erster Linie, ob die Ausgaben im Rahmen des genehmigten Budgets getätigt wurden. Die GRPK fragt dort nach, wo bemerkenswerte Budget-Über- oder Unterschreitungen festgestellt werden, sofern diese nicht bereits im Differenzenkommentar erklärt sind.

### *Personalaufwand*

Der Folie können Sie entnehmen, dass der Personalaufwand mit 81,3 Mio. Franken budgetiert wurde, in der Rechnung sind 80,3 Mio. Franken ausgewiesen. 2024 betrugen die Personalkosten 75 Mio. Franken. Das widerspiegelt jedoch nicht die ganzen Personalkosten, denn die Springerkosten, also Kosten für «ausgeliehenes Personal», werden über ein anderes Konto, nämlich Dienstleistungen Dritter, abgerechnet. Die Springerkosten gingen im Vergleich zu 2024 leicht zurück von 2024 mit 1,85 Mio. Franken auf 2025 mit 1,475 Mio. Franken. Der GRPK ist diese Position im Rahmen der Budgetierung immer wichtig mit dem Fokus darauf, möglichst viele Leistungen durch eigenes Personal erbringen zu können.

### *Sachaufwand*

Hier erzielt die Rechnung quasi eine Punktlandung.

### *Abschreibungen*

Die Abschreibungen lagen ebenfalls im budgetierten Rahmen.

### *Transferaufwand*

Gemäss Auskunft des Stadtrates ist es auch 2025 so, dass zum Zeitpunkt der Budgetierung viele relevante Informationen bzgl. Transferaufwand und Transferertrag noch nicht vorliegen und damit bleibt hier die Budgetierung anspruchsvoll.

### *Ertrag*

Auf der Ertragsseite fallen natürlich die bereits erwähnten 32,2 Mio. Franken aus der Neubewertung des Baurechts Hoffnig auf und vor allem stark ins Gewicht.

Wie hier vor einem Jahr im Rahmen der Debatte zur Rechnung 2024 festgehalten, erfolgt nun die für 2025 ergebniswirksam erfasste Korrektur. Die GRPK hatte diese Frage letztes Jahr intensiv geprüft.

Die Steuererträge natürlicher Personen waren um 10 Mio. Franken über Budget, wie auch die Steuern juristischer Personen 11 Mio. Franken über Budget liegen. Dazu kommen gut 17 Mio. Franken aus den Grundstückgewinnsteuern zusätzlich dazu. Die GRPK stellte diesbezüglich diverse Fragen und thematisierte den Budgetprozess auch im mündlichen Austausch mit dem Stadtrat. Wie bereits in früheren Jahren festgehalten, bleibt die "Prognose" von ausserordentlichen Effekten wie bei der Grundstückgewinnsteuern sowie den juristischen Personen aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds schwierig und kann stark schwanken. Der Stadtrat weist darauf hin, dass Budgetabweichungen systematisch analysiert werden, um Verbesserungspotentiale im Budgetierungs- und Vorhersageprozesse laufend zu identifizieren und umzusetzen. Alles in Allem hat der Stadtrat im mündlichen Austausch mit der GRPK die Fragen dazu zufriedenstellend beantwortet.

## **Ein paar Details – dieses Jahr etwas kürzer**

### *Optimierung Budgetprozess*

Wie bereits ausgeführt hat die GRPK dem Stadtrat beliebt gemacht, den Budget- und Vorhersageprozess vertieft zu analysieren und laufend zu verbessern. Es ist der GRPK klar, dass ausserordentliche Effekte, im Positiven wie auch im Negativen, immer werden auftreten können und auch in den nächsten Jahren eintreten werden. In Anbetracht der grossen anstehenden Investitionen in unserer Stadt wie auch dem weiteren Wachstum der Bevölkerung und damit mindestens teilweise



einhergehend mit höheren betrieblichen Aufwendungen der Stadt ist eine möglichst genaue Vorhersage wichtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Leistungen der Stadt auch effizient und effektiv erbracht werden können.

### *Spital Uster AG*

Wie jedes Jahr sieht sich die GRPK die Beteiligungen der Stadt Dübendorf genauer an. Dieses Jahr sorgte die Beteiligung an der Spital Uster AG für etwas intensivere Diskussionen im Rahmen des mündlichen Austausches mit dem Stadtrat. Der GRPK ist wichtig, dass die Spital Uster AG nach der durch die Volksabstimmung genehmigten Kapitalerhöhung den zugrundeliegenden Businessplan einhält und auf Kurs bleibt.

Sowohl der Stadtrat wie auch der Verwaltungsrat der Spital Uster AG verweisen darauf, dass das Spital bereits das dritte Jahr in Folge einen Gewinn ausweist und mit einer Eigenkapitalquote von 55 % und einer sehr tiefen Verschuldung (25,8 Mio. Franken zinstragende Darlehen) auf sehr starken Beinen stehe und somit gut auf Kurs sei. Der Gewinn betrug 2025 4,3 Mio. Franken und das Spital steht im Vergleich mit anderen Regionalspitalern gut da. Ebenfalls hat der Regierungsrat alle Leistungsaufträge ohne Auflagen erteilt.

Der ursprüngliche Businessplan wurde um Positionen korrigiert, die nicht so umgesetzt wurden, unter anderem wurden Grundstücke nicht verkauft und geplante Investitionen nicht getätigt. Die GRPK attestiert eine korrekte Umsetzung dieser Korrekturen. Trotzdem weist die GRPK darauf hin, dass vor allem der betrieblich erzielte Gewinn im Vergleich zum ursprünglichen Businessplan weiter tiefer ausfällt. Dies ist für die zukünftige Entwicklung wichtig zu berücksichtigen, wie wenn vom Stadtrat festgehalten, es aus heutiger Sicht weiterhin unwahrscheinlich bleibt, dass die Eigentümergemeinden jemals nochmal mit weiteren EK-Zuschüssen oder Darlehen einspringen müssen.

### *Bildung*

Die Nettokosten im Bildungsbereich liegen im Wesentlichen im Rahmen des Budgets. Die Budgetabweichungen wurden von der PS zusammengefasst und nachvollziehbar begründet. Im Bereich Musikschule konnte der Stadtrat der GRPK nachvollziehbar darlegen, was die Resultate einer externen Prüfung der Jahresrechnung der Musikschule ergaben. Aufgrund eines Softwarewechsels kam es dort zu einer Verzerrung. Künftig wird dieser Bereich für alle Beteiligten (Gemeinden, Schule, Eltern) einfacher und transparenter abgerechnet werden.

### *Revisionsbericht*

Der Bericht der Revisionsstelle wurde von der GRPK zur Kenntnis genommen. Da es sich bei den einzelnen Hinweisen um keine erheblichen Mängel handelt, geht die GRPK nicht weiter darauf ein. Die Revisionsstelle empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

### *Investitionsrechnung*

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen betrugen 2025 23 Mio. Franken (Vorjahr 39,5 Mio. Franken) bei einem Budget von 38,5 Mio. Franken. Der Realisierungssatz beträgt 61 %. Das ist weniger als im Vorjahr mit 96 % allerdings war die Kapitalerhöhung des Spital Uster nicht budgetiert. Dies ist ein Bereich, welcher der GRPK ebenfalls Sorge bereitet. In Anbetracht der anstehenden Investitionen in den nächsten Jahren bleibt es wünschenswert, dass geplante Investitionen auch getätigt werden können und nicht ebenfalls noch in die Folgejahre wandern.

Signifikante Positionen in der Investitionsrechnung sind:

- Schulliegenschaften 10 Mio. Franken
- Strassenunterhalt ca. 7 Mio. Franken
- Neubau Hallenbad 4 Mio. Franken
- Kanalsanierungen 1,6 Mio. Franken

### *Vorgehen bei der Prüfung*



Die Verabschiedung der Jahresrechnung durch den SR ist am 17. März erfolgt. Bis zum 26. Mai haben die Prüfung durch die Kommission sowie der schriftliche Austausch von Fragen und Antworten stattgefunden. Am 26. Mai ist der mündliche Austausch mit einer Delegation vom Stadtrat gewesen, bevor dann die GRPK die Rechnung auch am 26. Mai verabschiedet hat. Die Differenzenkommentare von der Verwaltung zu den Abweichungen gegenüber dem Budget sind in aller Regel klar und nachvollziehbar, was massgeblich zu einer effizienten Prüfung beigetragen hat.

### *Fazit*

Der Jahresrechnung kann man entnehmen, dass insbesondere ausserordentliche Finanzerträge und höhere Entgelte, beides keine nachhaltigen Ertragsquellen, verantwortlich sind, dass wir an dieser Stelle über ein deutlich positives Resultat der Jahresrechnung befinden können. Die Ausgaben der Kernverwaltung ergeben praktisch eine Punktlandung.

### *Schlussbemerkungen*

Im Namen von GRPK danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit, gerade auch über den Wechsel der Legislatur hinweg. Dies machte, resp. macht es ja gerade immer noch, für alle Beteiligten nicht unbedingt einfacher.

Die GRPK hat feststellen können, dass die Rechnung gut geführt ist und die Mittel nach Budgetvorgaben eingesetzt wurden.

Der Dank gilt auch dem Gemeinderatssekretariat für die umsichtige Planung und tolle Unterstützung im gesamten Prüfungsprozess.

### *Antrag*

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2025 von der Politischen Gemeinde Dübendorf, entsprechend dem Antrag vom Stadtrat zu genehmigen und den Ertragsüberschuss dem Bilanzüberschuss zuzuweisen.

Ich bitte den Gemeinderat dem Antrag der GRPK und dem Stadtrat zu folgen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

### Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

«Das letzte Mal als Stadtrat hier oben, die letzte Sitzung als Stadtrat und der letzte Auftritt im Gemeinderat als Stadtrat. Ich möchte zuerst der GRPK für ihre Prüfung und auch die Ausführungen danken. Ich möchte den Blick noch ein bisschen von einem Punkt in den Zahlenabweichungen auf einen anderen Punkt wenden. Das Resultat ist; 72,677 Mio. Franken im Plus. Ich glaube für Dübendorf wahrscheinlich das Rekordresultat. Allerdings, wie das der GRPK-Sprecher auch schon gesagt hat, es hat ein paar Sondereffekte drin. Das ist einerseits die Versorgertaxen mit 4,5 Mio. Franken, die im Sozialen reingekommen sind, einmalig, wo über Jahre die GRPK immer diskutiert hat, wann und wieviel kommen wird und wir im letzten Jahr noch verbuchen konnten. Das war aber am Gemeinderat bei der Hochrechnung im Dezember bekannt. Ebenfalls die Neubewertung der Hoffnig mit 33,2 Mio. Franken, die die GRPK gewünscht hat, die nicht cashwirksam war, war im Dezember auch bekannt.

Das heisst, wenn wir jetzt den Finanzplan, wie er vom Stadtrat im Rahmen des Budgets vorgelegt wurde, sowie die bekannten Entwicklungen, die im Dezember kommuniziert wurden, ist eigentlich ein Resultat von 67 Mio. Franken, welches man bereits im Dezember gesehen hat, grossenteils nicht cashwirksam. Trotzdem ist seitdem nochmals ein Plus von 5,6 Mio. Franken gekommen. Woher kommt das? Ich habe versucht, die Analyse zu machen. Wir haben gesehen, wenn wir jetzt die Zahlen anschauen, dass im Sozialen gegenüber dem Dezember Abschätzung oder eben auch Augusthochrechnung nochmals eine Verschlechterung um 2 Mio. Franken stattgefunden hat. Auf der anderen Seite hat das IMWIL aber gegenüber den Zahlen der Hochrechnung August nochmals eine Mio. Franken mehr abgeliefert. Ebenfalls hat die Primarschule am Ende des Jahres eine Mio.



Franken besser abgeschnitten, als man das im August noch erwartet hat. Das wäre soweit bis hierher eine Punktlandung. Jetzt haben wir aber noch weitere rund 2,8 Mio. Franken, die über alle Verwaltungsbereiche dazugekommen sind, aber Besserungen, das heisst weniger Aufwand. Das wurde zum Teil vom GRPK-Sprecher erwähnt. Ein Punkt, den ich gefunden habe, ist, dass man die Springerkosten in der Hochrechnung teilweise wahrscheinlich doppelt gebucht hat, nämlich zentral und zum Teil dezentral. Da reden wir wahrscheinlich um etwa 1,3 Mio. Franken. Das hätte man sehen können, wenn man es genau analysiert hätte. Das ist eine Quick-and-Dirty-Analyse, ich weiss nicht, ob es wirklich stimmt. Aber de facto haben wir gegenüber dem Dezember 2,8 Mio. Franken Verbesserungen der Rechnung, obwohl es im Sozialen 2 Mio. Franken schlechter ausfiel. Das ist eher überraschend. Wir haben auch schon andere Jahre erlebt, wo von der Hochrechnung zur Rechnung nochmals 2-3 Mio. Franken ins Negative gefallen ist. Auf der anderen Seite, gegenüber den Steuern, haben wir bereits im Dezember gesehen, (der Finanzplan hat erst etwa 12 Mio. Franken mehr gesehen) dass wir mit etwa 18 Mio. Franken besser abschneiden werden. Jetzt sind es sogar 20,6 Mio. Franken. Das sind dann noch weitere 2,6 Mio. Franken, die aus allen Steuererträgen, ausserhalb der Grundsteuern, die sich nicht verändert haben, zusammenkommen. So kommen wir jetzt auf der Aufwandseite zufälligerweise auf 2,8 Mio. Franken Verbesserungen. Auf der Ertragsseite sind es nochmals 2,6 Mio. Franken Verbesserungen, somit sind es die 5,4 Mio. Franken, die im Dezember noch nicht bekannt waren. Also eigentlich relativ einfach und klar erklärbar. In diesem Sinne möchte ich jetzt nicht mehr dazu sagen. Ich danke nochmals der GRPK für die Prüfung und danke, wenn Sie heute die Rechnung genehmigen. Je nach Debatte würde ich mir noch erlauben auf die eine oder andere Frage Stellung nehmen. Wenn es nicht nötig ist, würde ich heute nichts mehr sagen. Vielen Dank.»

\*\*\*

Nicole Zweifel (GLP/GEU) ist im Saal eingetroffen. Somit sind nun insgesamt 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

\*\*\*

### Diskussion

#### Lukas Schanz (SVP)

«Mit dem Jahresergebnis 2025 reiht sich ein weiteres Jahr in die immer länger werdende Liste von massiven Jahresüberschüssen ein. Bereits im letzten Jahr habe ich in meinem Referat darauf hingewiesen, dass die SVP-Fraktion dies jedes Jahr von Neuem erwähnt. Wir ziehen unseren Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den Unternehmen zu viele Steuern aus der Tasche. Wenn wir dann wieder eine Steuerfussreduktion fordern, fehlt den «bürgerlichen» Parteien jedoch der Mut, der SVP einmal recht zu geben. Vielleicht ist dies bei der nächsten Budgetsitzung anders. Ich bin es leid, jedes Jahr von Neuem dafür einzustehen und auf dasselbe hinzuweisen; das habe ich bereits letztes Jahr gesagt. Seit dem Jahr 2013 haben wir Überschüsse in der Höhe von rund 185 Mio. Franken erzielt, im Durchschnitt also 14.2 Mio. Franken pro Jahr. Ich lasse diese Zahl jetzt einfach so stehen. Wir haben eine Budgetabweichung von 77 Mio. Franken; das sind rund 35 % des budgetierten Ertrags. Wenn man nun den Effekt der Aufwertung Hoffnig noch berücksichtigt, sind es immer noch 45 Mio. Franken beziehungsweise 20 %. Eine sehr stolze Abweichung. Wer in der Privatwirtschaft so budgetiert, der macht es in der Regel nicht ein zweites Mal. Ein Budget ist ein Führungsinstrument, das dazu dient, dass sich die Stadt in die richtige Richtung entwickeln kann, und nicht dazu, die persönliche politische Agenda durchzudrücken. Ich hoffe, der neue Finanzvorstand wird sich dies zu Herzen nehmen und uns Budgets vorlegen, die näher an der Realität sind als jene, die wir in den vergangenen Jahren gesehen haben. Das einzig Positive an dieser Jahresrechnung ist, dass die Budgetabweichung nach oben ausgefallen ist und nicht nach unten. Wäre dies der Fall gewesen, hätten wir ein riesiges Problem gehabt. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat mit dem Budget 2027 mit einer hohen Steuerfussreduktion kommt. Wir hatten in den vergangenen Jahren immer wieder höhere Steuereinnahmen als budgetiert. Die Begründung des Stadtrats zu den Abweichungen ist jeweils sehr dürftig. Gerne möchte ich hier eine Begründung zitieren, mit der eine Differenz von 14.4 Mio. Franken erklärt wird; Sie können dies auf Seite 74 der Jahresrechnung



nachlesen: «Total Konten, folglich kommt eine Auflistung von Konten, Budget 19 Mio. Franken; Ist 33'447'989; 76,04 % höhere Steuern als erwartet». Wenn man eine solche Abweichung so begründet, kann man gerade damit aufhören; da muss sich auch der Stadtrat eingestehen, dass dies keinen Wert hat. Ich muss sagen, ich habe höhere Erwartungen an die Begründung einer Abweichung in dieser Höhe. Ein solches Ergebnis weckt sofort Begehrlichkeiten; das werden wir heute Abend sicher auch noch hören. Ich möchte jedoch sagen, dass die Stadt Dübendorf klare Aufgaben hat. Wenn zu viel Geld vorhanden ist, muss dieses den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zurückgegeben werden und darf nicht einfach irgendwie verteilt werden oder dazu dienen, neue Aufgaben zu erfinden. Dagegen wird sich die SVP-Fraktion mit Händen und Füssen wehren. Zudem möchte ich nochmals alle Parteien, die den Vorstoss zur Leistungsüberprüfung mitunterzeichnet haben, daran erinnern, beim nächsten Budget bei der Ausgabenreduktion mitzuhelfen. Genauso wie der Stadtrat den Auftrag zur Leistungsüberprüfung verweigert hat, wird er sich wohl auch jetzt den Weg des geringsten Widerstands suchen. Das werden wir dann beim Budget sehen. Letztes Jahr hat die SVP die Jahresrechnung abgelehnt, weil die Aufwertung des Grundstücks Hoffnig nicht vorgenommen worden war. Dies ist nun nachgeholt worden. Sicherlich muss dann einmal der Kapitalisierungszinssatz genauer angeschaut werden. Obwohl die Bewertung zum Verkehrswert erfolgen muss, verwendet der Stadtrat einen viel höheren Zinssatz als jenen, der für die Bewertung von Grundstücken der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler herangezogen wird. Wir stimmen in diesem Jahr der Jahresrechnung zu. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.»

### Stefan Angliker (FDP)

«Die Jahresrechnung der Stadt Dübendorf vom Jahr 2025 schliesst mit einem Plus von 72,7 Mio. Franken ab. Das ist erfreulich, denn das Budget 2025 hat einen Aufwandüberschuss von 4,3 Mio. Franken ausgewiesen. Allerdings kommt knapp die Hälfte der Ergebnisverbesserung durch die Neubewertung «Hoffnig» zustande, was ein reiner Buchgewinn darstellt und daher nicht cashwirksam ist. Die gestiegenen Steuererträge zeigen für die FDP, dass unsere Stadt weiter an Attraktivität gewonnen hat, sei es durch die weiterhin hohe Anzahl an Handänderungen von Grundstücken oder den Zuzug von zusätzlichem Steuersubstrat. Gleichzeitig lässt sich erkennen, dass entgegen der Schwarzmalerei von linker Seite die Steuersenkungen der letzten Jahre keine negativen Auswirkungen auf die Stadtkasse haben. Entsprechend sind wir gespannt auf die Beurteilung der Steuersituation im Budget 2027 durch den neuen Finanzvorstand. Auf der Aufwandseite schliesst die Rechnung ebenfalls über Budget ab, allerdings ist der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr gesunken, was den Schluss zulässt, dass gewisse Massnahmen zur Kostenoptimierung zu greifen beginnen. Dazu kommt, dass der Aufwandüberschuss primär durch Transferaufwand entsteht, welcher nur eingeschränkt beeinflusst werden kann. Betrachtet man die Bilanz, so sieht man eine Stadt, die finanziell kerngesund dasteht. Die rund 346 Mio. Franken zweckfreies Eigenkapital erlauben eine grössere finanzielle Handlungsfreiheit. Zugleich sind sie aber auch eine Absicherung für den Fall, dass gerade die Grundstücksgewinnsteuererträge einmal nicht mehr so hoch ausfallen sollten. Ein hoher Eigenkapitalbestand ist das Ergebnis einer soliden Finanzpolitik. Er darf aber nicht zu übertriebenen Begehrlichkeiten verleiten, sondern soll primär die finanzielle Stabilität nachhaltig sichern und – wo vertretbar – die Steuerzahlenden entlasten. Schliesslich sind sie es, denen wir die Überschüsse hauptsächlich zu verdanken haben. Dübendorf wächst weiter und muss in den kommenden Jahren gewichtige Investitionen stemmen, die einen relevanten Beitrag zum Funktionieren und zur Standortattraktivität unserer Stadt leisten. Die vorhandenen Mittel sollen deshalb vordringlich für das Notwendige eingesetzt werden und erst danach für das Wünschenswerte. Insgesamt sind wir mit dem Ergebnis 2025 zufrieden und danken dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit während der Bearbeitung des Geschäfts in der Kommission. Die FDP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen. Besten Dank.»

### Christian Gross (SP)

«Zuerst einmal möchte ich im Namen der SP und der Grünen Fraktion dem Stadtrat für die geleistete Arbeit danken. Dass Dübendorf erneut einen sehr deutlich positiven Rechnungsabschluss präsentiert, freut uns natürlich grundsätzlich. Es freut uns auch, dass unsere Gemeinde auf einer finanziell sehr



soliden Basis steht. Ich muss jetzt aber schon auch auf das hinweisen, was meine Vorredner bereits erwähnt haben. Ich bin für einmal zumindest in der Problemanalyse mit Lukas Schanz sehr einig. Betreffend den Forderungen daraus, werden wir uns wahrscheinlich nicht ganz so schnell einig. Die Jahresrechnung hat immer wieder starke Abweichungen gegenüber dem Budget. Ich finde es wichtig zu betonen, dass die Abweichungen nicht einfach mal drunter und mal drüber, man liegt halt mal daneben, budgetieren ist halt schwierig.

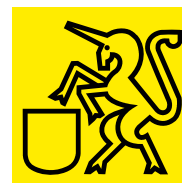
Nein, seit ich in diesem Rat bin, sind die Abweichungen einfach immer in die gleiche Richtung. Dieses Jahr jetzt besonders deutlich. Man budgetiert zu pessimistisch und erschrickt dann plötzlich, dass man ja doch recht viel Geld hat. Das ist also nicht einfach die normale Budgetunschärfe, sondern es hat ein System. Wer sich Jahr für Jahr in einer Grössenordnung von 15 – 20 % gerne mal verrechnet oder verschätzt, der muss sich schon die Frage gefallen lassen, ob überhaupt nach Realität budgetiert wird oder ob da versucht wird, im Budget Politik auszudrücken. Für die SP ist die Zahl, die 77 Mio. Franken, nicht an sich ein Problem. Sondern das Problem ist die politische Kultur, die durch die unrealistische Budgetierung entsteht. Während des ganzen Jahres hören wir immer, man müsse die Projekte priorisieren, sprich wegstreichen. Man müsse die Verwaltung möglichst schlank halten und bei neuen Projekten möglichst viel Zurückhaltung zeigen. Dieser Eindruck prägt die politischen Entscheidungen, vor allem, wie sie im Stadtrat vorbereitet und gefällt werden.

In der Jahresrechnung merkt man dann, eigentlich hätte man das Geld gehabt. Wir finden, die Projekte sollten wir danach beurteilen, ob sie für die Bevölkerung einen Mehrwert generieren. Denn finanzierbar sind sie offensichtlich. Die finanziellen Mittel sind vorhanden. Wenn Dübendorf Jahr für Jahr Überschüsse in teilweise zweistelliger Millionenhöhe erwirtschaftet, dann sollte es möglich sein, zwei, drei, vier zusätzliche Projekte in, sagen wir mal, 500'000 Franken Höhe umzusetzen. Das würde den Budgetüberschuss noch nicht einmal wirklich dämpfen und könnte unserer Stadt sogar zusätzliche Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen, Familien unterstützen und so weiter. Für die ganze Stadt würde dies einen Mehrwert bedeuten, ohne dass die finanzielle Stabilität auch nur ansatzweise gefährdet wird. Eine wirklich gesunde Stadt misst sich eben nicht nur am Geld, welches sich auf dem Bankkonto anhäuft, sondern auch daran, wie es den Menschen geht.

Vielen Dank fürs Zuhören.»

### Rico Eberle (glp/GEU)

«Die Jahresrechnung zeigt, und man hat das jetzt schon ein paar Mal gehört, ein starkes Ergebnis. Ein Überschuss von 72,7 Mio. Franken. Das ist ein gutes Resultat und verdient gleichzeitig aber auch Anerkennung gegenüber dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten. Gleichzeitig müssen wir das Ergebnis aber auch differenziert lesen. Auch das haben wir schon von der GRPK und von anderen Rednern gehört. Ein wesentlicher Teil dieses Überschusses, rund 32,2 Mio. Franken, stammt aus der Neubewertung des Baurechts Hoffnig und ist nicht cash wirksam. Auch andere Erträge können schwanken. Deshalb dürfen wir aus diesem Abschluss keine dauerhaft frei verfügbaren Mittel ableiten. Finanziell steht Dübendorf solide da. Der Fiskalertrag betrug 2025 rund 146,3 Mio. Franken, die Steuerkraft pro Kopf rund Fr. 4'397. Der Steuerfuss lag 2025 bei 78 % und wird 2026 auf 75 % gesenkt. Die Eigenkapitalquote beträgt 73 %, und die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner ist negativ – Dübendorf weist also ein Nettovermögen aus. Für uns ist aber ebenso klar: Diese Rechnung ist mehr als ein guter Abschluss. Sie ist auch eine Standortbestimmung für Dübendorf zu Beginn einer neuen Legislatur. Wenn wir die Zahlen einordnen, sehen wir eine Stadt, die sich in kurzer Zeit deutlich verändert hat. Ende 2021 zählte Dübendorf 30'337 Einwohnerinnen und Einwohner, Ende 2025 waren es 32'877 – ein Wachstum von über 2'500 Personen oder mehr als 8 %. Das zeigt die Attraktivität unserer Stadt, bringt aber auch konkrete Aufgaben mit sich. Diese zeigen sich im Alltag: im Schulraum, in der Betreuung, auf den Strassen und im öffentlichen Raum. Besonders sichtbar wird das im Bildungsbereich. In der schulergänzenden Betreuung stieg die Zahl der betreuten Kinder von 619 im Jahr 2023 auf 697 im Jahr 2024. Gleichzeitig wachsen die Anmeldungen stärker als die Schülerzahlen insgesamt. Das bedeutet mehr Personal-, Raum- und Organisationsbedarf. Auch beim Schulraum zeigt sich die Entwicklung: Mit Three Point haben wir heute eine Schule in einem Hochhaus. Das steht sinnbildlich für eine Stadt, die dichter und komplexer wird. Positiv ist: Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist real. Der Geldfluss aus



betrieblicher Tätigkeit beträgt rund 45,2 Mio. Franken, die flüssigen Mittel rund 120,9 Mio. Franken. Dübendorf verfügt über eine gute finanzielle Substanz und damit über Verantwortung. Diese zeigt sich besonders bei den Investitionen. Die Nettoinvestitionen betrugen 2025 rund 23,3 Mio. Franken, unter anderem für Schulliegenschaften, Strassenunterhalt, das Hallenbad Oberdorf und Kanalsanierungen. Das sind genau jene Bereiche, die mit dem Wachstum Schritt halten müssen. Gleichzeitig bleibt die Umsetzung grosser Projekte zentral. Wenn Investitionen verschoben werden, verschiebt sich auch der Handlungsdruck. Planung und Priorisierung müssen deshalb weiterhin im Fokus stehen. Ein weiterer Punkt ist der Umgang mit dem Budget. Ein Budget ist und bleibt eine Planung – eine wichtige Orientierung, aber kein starres Korsett. In einer Stadt mit dieser Dynamik sind Abweichungen bis zu einem gewissen Grad normal und Ausdruck von Entwicklung. Entscheidend ist für uns, dass diese Abweichungen nachvollziehbar sind und dass kontinuierlich daran gearbeitet wird, Planung und Steuerung weiter zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass Verwaltung und Exekutive genau dies tun und diesen Prozess mit der nötigen Sorgfalt weiterentwickeln. Auch die Beteiligungen bleiben im Blick, insbesondere das Spital Uster. Die aktuelle Entwicklung ist positiv. Dennoch braucht es aus unserer Sicht eine klare Eignerstrategie: Welche Rolle will Dübendorf als Miteigentümerin einnehmen, welche Ziele verfolgt sie und welche Risiken ist sie bereit zu tragen? Die Jahresrechnung 2025 zeigt somit zwei Dinge: eine starke finanzielle Ausgangslage und eine Stadt im Wandel. Gute Finanzpolitik bedeutet für uns, beides zusammenzudenken und die vorhandenen Mittel gezielt und nachhaltig einzusetzen. Wachstum ist kein Selbstzweck. Es muss der Lebensqualität dienen. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit. Die GLP-Fraktion wird die Genehmigung der Jahresrechnung unterstützen.»

### Finanzvorstand, Martin Bäumle (glp/GEU)

«Danke für die wohlwollenden und auch den anderen Voten. Es ist aus meiner Sicht nichts Neues dazu gekommen, seitdem ich im letzten Glattaler lesen konnte. Ich bin selber sehr gespannt auf die nächste Budgetdebatte im Parlament und werde sie aus der Distanz aus Bern wahrscheinlich online verfolgen. Ich werde jetzt auch nichts mehr kommentieren, keine Angst. Mir ist wichtig, betreffend der Investitionsrechnung, wo wir alle Jahre die Problematik haben, dass sie abweicht, noch zwei, drei Worte verlieren. Für die Investitionsrechnung haben wir in der Hochrechnung der Stadt 34 Mio. Franken erwartet. Der Finanzvorstand hat im Rahmen des Finanzplans das selber auf 29 Mio. Franken gedimmt und gesagt, wir gehen davon aus, dass diese Zahl zu hoch ist, weil wahrscheinlich doch wieder weniger realisiert werden, als die Abteilungen wollten. Real waren 29 Mio. Franken. und tatsächlich rausgekommen sind 23 Mio. Franken. Also nochmals 6 Mio. Franken besser. Das liegt im Wesentlichen daran, dass das Hallenbad, das mit 10 Mio. Franken drin war, nur 4 Mio. Franken ausgegeben hat, wegen weniger raschem Baufortschritt, wo zum gegebenen Zeitpunkt einfach nicht klar war, was man jetzt dort reinnehmen soll. Also eigentlich kann man sagen, dass die Abschätzung im Finanzplan im August gar nicht so falsch war. Ich möchte auf noch was Wichtiges hinweisen. Es wurde heute nie erwähnt, dass die Stadt Dübendorf in den letzten Jahren immer wieder einmal von Finanzausgleichen, von höheren und tieferen Zahlen, profitiert hat. Ich möchte einfach darauf hinweisen, wir haben ein Rechnungsjahr 2025, das rekordverdächtig hoch ist mit den Steuererträgen. 2024 war nicht so gut. Das hat uns im Jahr 2026 noch einen rechten Finanzausgleich beschert, der eigentlich ein Resultat kaschiert hat. Es kann durchaus sein, dass im Jahr 2027 der Finanzausgleich deutlich tiefer ausfällt, weil wir wahrscheinlich gegen das kantonale Mittel zugelegt haben. Die Daten haben wir noch nicht. Die Daten werden mutmasslich in den nächsten Wochen eintreffen und der neue Finanzvorstand kann sich dann damit auseinandersetzen. Wie gesagt, Sie haben jetzt bereits sehr viele Wünsche an ihn gerichtet. Ich bin gespannt und freue mich darauf, wie sich dann mein Nachfolger da verkaufen wird. Besten Dank.»

### **Detailberatung**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**



Der Gemeinderat hat mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt. Somit ist die Jahresrechnung 2025 der Politischen Gemeinde Dübendorf genehmigt.

### Beschluss

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2025 der Politischen Gemeinde Dübendorf am 29. Juni 2026 entsprechend dem Antrag des Stadtrates genehmigt. Die Jahresrechnung weist folgende Eckdaten aus:

|                                          |                                               |            |                       |
|------------------------------------------|-----------------------------------------------|------------|-----------------------|
| Erfolgsrechnung                          | Gesamtaufwand                                 | Fr.        | 233'502'400.32        |
|                                          | Gesamtertrag                                  | Fr.        | 306'180'070.72        |
|                                          | <b>Ertragsüberschuss</b>                      | <b>Fr.</b> | <b>72'677'670.40</b>  |
| Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | Ausgaben Verwaltungsvermögen                  | Fr.        | -25'642'266.94        |
|                                          | Einnahmen Verwaltungsvermögen                 | Fr.        | 2'305'167.94          |
|                                          | <b>Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen</b> | <b>Fr.</b> | <b>-23'337'099.00</b> |
| Investitionsrechnung Finanzvermögen      | Ausgaben Finanzvermögen                       | Fr.        | -795'988.94           |
|                                          | Einnahmen Finanzvermögen                      | Fr.        | -                     |
|                                          | <b>Nettoinvestitionen Finanzvermögen</b>      | <b>Fr.</b> | <b>-795'988.94</b>    |
| Bilanz                                   | <b>Bilanzsumme per 31.12.2025</b>             | <b>Fr.</b> | <b>520'693'120.18</b> |

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss zugewiesen. Dadurch erhöht sich der Bilanzüberschuss auf Fr. 346'003'752.90

### 3. Geschäftsbericht 2025 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 14/2026

#### Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP)

«Auch für die Behandlung des Geschäftsberichts ist das Eintreten obligatorisch. Ich schlage jedoch auch hier vor, dass wir zuerst eine allgemeine Diskussion durchführen. Nachher gehen wir in die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten des Geschäftsberichts. Nach der Detailberatung findet dann die Abstimmung über die Genehmigung des Geschäftsberichts statt. »

Es gibt keine Einwände gegen das Vorgehen.

#### **Generelle Diskussion**

##### Thomas Maier (glp/GEU)

«Gerne sage ich noch ein paar Worte zum Geschäftsbericht des Stadtrates. Neben der Rechnung hat sich ihre GRPK selbstverständlich auch mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt. Wie der Stadtrat einleitend im Bericht festhält, hat sich die Berichterstattung so bewährt und die GRPK kann sich dem vollumfänglich anschliessen. Ich wiederhole hier jetzt nicht alles, was im Bericht nachzulesen ist. Die Stadt Dübendorf hat, wie sie alle wissen, ein bewegtes Jahr hinter sich. Wir haben nach langer Vorbereitung und Hauptarbeit hier im Parlament jetzt eine neue, frisch revidierte Richt- und Nutzungsplanung. Oder, ein anderes Beispiel, auf dem Innovationspark geht es jetzt richtig los mit der Umsetzung, nachdem 2025 wichtige Meilensteine erreicht werden konnten. Für jeden offensichtlich ist auch die Grossbaustelle im Oberdorf auf dem Areal unserer Badi, wo gerade 2025 der Spatenstich für unser neues Hallenbad stattfand und gerade in den letzten Tagen wohl sehr viele Menschen aus Dübendorf sich dachten, wieso jetzt ausgerechnet 2026 mit der Hitzewelle nichts ist mit lokal abkühlen. Oder anders formuliert: wieso diese Hitzewelle nicht noch ein Jahr hätte warten können. Oder: wieso waren wir nicht ein Jahr schneller mit planen. Wie auch immer. Der Geschäftsbericht gibt Einblick ins vielfältige Leben unserer Stadt und all die Tätigkeitsgebiete unserer Stadtverwaltung. Wer sich hier einmal einen Überblick verschaffen möchte, für den lohnt sich ein Blick in den Bericht, wo beispielsweise auch die Vielfalt der Aktivitäten unserer lokalen Vereine sichtbar wird oder wie stark die Stadt in der Lernendenausbildung engagiert ist, welche PV-Anlagen 2025 in Betrieb genommen wurden, u.v.m. – inkl. Diverser spannender Statistiken. Am sichtbarsten ist sicherlich, dass unsere Stadt weiterhin stetig wächst. Sichtbar an den diversen auch privaten Bauprojekten und der Bevölkerungsstatistik.



Die GRPK dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die ausführliche Berichterstattung und empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig dem Geschäftsbericht zuzustimmen. Herzlichen Dank.»

## Diskussion

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen zu den einzelnen Kapiteln des Geschäftsberichts.

## Abstimmung

Der Gemeinderat hat den Geschäftsbericht 2025 mit 35 zu 0 Stimmen angenommen.

## Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

Der Geschäftsbericht 2025 wird genehmigt.

## 4. Privater Gestaltungsplan «GP Grütägert» Zustimmung GR Geschäft Nr. 50/2025

---

Nicole Zweifel (glp/GEU), Präsidentin KRL

### «Inhalt der Vorlage

Der Obst- und Gemüsebetrieb Beerstecher AG hat seinen Hauptsitz und Produktionsstandort seit über 70 Jahren in Dübendorf, im Gebiet Hochbord. Seit 2004 plant die Beerstecher AG, ihren Betriebs- und Verarbeitungsschwerpunkt bis 2030 schrittweise vom Hochbord weg an zwei neue Standorte im Landwirtschaftsgebiet zwischen Dübendorf und Fällanden zu verlegen. Während an den zwei neuen Standorten der landwirtschaftliche betrieb weiterentwickelt werden soll, können die freigespielten Flächen im Hochbord künftig gemäss der rechtskräftigen Bauordnung für Wohnnutzungen genutzt werden. In den letzten Jahren erfolgte in laufendem Austausch mit der Stadt Dübendorf und dem Kanton Zürich die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts bestehend aus den Dokumenten «Der Betrieb», «Die Aussiedlung» und «Der Betriebsverkehr». Darin wird als einer der beiden neue Standorte das Gebiet Grütägert in Hermikon definiert. Der zweite Standort steht bis dato noch nicht fest. Mit der heute zu behandelnden Vorlage sollen für den Standort Grütägert die bau- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen in Form eines privaten Gestaltungsplans festgesetzt werden. Ziel dieses privaten Gestaltungsplans ist es, die landwirtschaftliche Nutzung mit seinen dazu gehörigen Betriebsbauten und -anlagen zu sichern und die Art der erlaubten Nutzung festzulegen. Beim Standort Grütägert in Hermikon befinden sich bereits heute Personalunterkünfte, Maschinenhalle und Folientunnel der Beerstecher AG. Dieser soll um eine Werkstatt und Maschinenhalle erweitert werden. Der Gestaltungsplan enthält Vorschriften zur Anzahl und Grösse zulässiger, der landwirtschaftlichen Nutzung dienenden Bauten und Anlagen, zu den erlaubten Nutzungen, zur Gestaltung der erlaubten Bauten, zur Erschliessung und Parkierung sowie zur Gestaltung der Umgebung inklusive eines vorgeschriebenen Anteils an ökologischen Ausgleichflächen.

### Zeitlicher Ablauf der Behandlung der Vorlage

Die Vorlage wurde der Kommission Raumplanungs- und Landgeschäfte in der letzten Legislatur zur Vorberatung überwiesen. Aufgrund der umfangreichen Beratungen rum um die Ortsplanungsrevision wurde die Beratung des Geschäfts verschoben. An der Sitzung vom 10. März 2026 haben Stadtrat



Dominik Müller und der Leiter der Stadtplanung Reto Lorenzi der Kommission die Vorlage vorgestellt. Zu den darauf basierenden Fragen hat die KRL am 12. Mai 2026 die Antworten erhalten. In ihrer Sitzung vom 26. Mai 2026 wurde die Vorlage abschliessend vorberaten und zu Händen des Gesamtrats verabschiedet.

### *Was ist mit der aktuellen Vorlage zu beschliessen?*

Mit dem vorliegenden Geschäft kann entweder dem privaten Gestaltungsplan als Ganzes zugestimmt werden oder der Gestaltungsplan kann als Ganzes abgelehnt werden. Ebenfalls könnte die Vorlage durch den Gemeinderat an den Stadtrat zurückgewiesen werden.

### *Beratung der Kommission*

In der Kommission wurde der Gestaltungsplan mit seinen dazu gehörigen Konzepten als sauber erarbeitet und in sich abgeschlossen gewürdigt. Der Planungsbericht zeigt eine laufende Verbesserung während des Erarbeitungsprozesses, der unter anderem dazu führte, dass ökologische Anliegen ein angemessenes Gewicht erhalten haben. Im Gesamtzusammenhang der Entwicklungen rund um die Ländereien der Familie Beerstecher wurde in der Kommission kritisiert, dass die zugelassene Entwicklung im Hochbord keinen ausreichenden Mehrwert für die Bevölkerung geschaffen hat. Auch der vom Stadtrat im Juni 2023 festgesetzte Gestaltungsplan für eine Bebauung der Parzellen im Hochbord bietet für einige Kommissionsmitglieder den notwendigen Mehrnutzen nicht und lässt eine gute städtebauliche und freiräumliche Entwicklung im Hochbord weiter vermissen. Die Kommissionsmitglieder anerkennen jedoch, dass dies die Aushandlung von Leistungen für die Öffentlichkeit nur durch Verhandlungen hätte erreicht werden können. Dies, da die entsprechenden baurechtlichen Grundlagen bereit vor der Rechtskraft der kommunalen Mehrwertabgabe geschaffen worden sind und somit kein planungsrechtlicher Mehrwert eingefordert werden konnte. Die Kritik an der Entwicklung im Hochbord und den daraus entstandenen Gewinnen Privater richtet sich insbesondere an den Stadtrat und auch an die früheren Entscheide dieses Gremiums, die es versäumt haben entsprechenden Mehrnutzen für die Bevölkerung zu sichern. Da es sich bei der Vorlage zum privaten Gestaltungsplan Grütägert jedoch um eine in sich abgeschlossene planungsrechtliche Vorlage handelt, die den Fortbestand des landwirtschaftlichen Betriebs der Beerstecher AG in Hermikon sicher soll, können diese Kritikpunkte nicht dazu dienen, den Gestaltungsplan abzulehnen oder zurückzuweisen. Die Bedeutung des Betriebs für die Stadt Dübendorf wird als hoch angesehen.

### *Antrag der Kommission*

Aus diesen Gründen empfiehlt die KRL dem Gemeinderat einstimmig die Zustimmung zum Privaten Gestaltungsplan Grütägert. Wir beantragen also konkret, dem privaten Gestaltungsplan Grütägert, bestehend aus dem Situationsplan und den zugehörigen Bestimmungen, zuzustimmen, dem Mitwirkungsbericht zuzustimmen und den Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Ebenso die Beilage mit dem Endzustand sowie die verschiedenen beiliegenden Berichte zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank für die Zustimmung für den Antrag der KRL.»

### Stellungnahme Stadtrat, Hochbauvorstand Dominic Müller (Die Mitte/EVP)

«Ich möchte der KRL für die Prüfung dieses Geschäfts und die unkomplizierte Zusammenarbeit danken. Die Sprecherin der Kommission hat die Vorlage resp. die wichtigsten Elemente davon bereits ausgeführt. Sie hat eine lange Entwicklung hinter sich mit ganz vielen fundierten Überlegungen und Konzepten. Auch bei diesem Geschäft geht es praktisch immer um einen Ausgleich zwischen ganz unterschiedlichen Interessen und der Suche nach einer ausgewogenen Lösung.

Eine, die nicht ein Interesse zulasten der anderen allzu fest bevorzugt und nicht Unterschiede zuspitzt, sondern vermittelt und uns dann auch als Ganzes zusammenhalten kann.

Die Lösung soll möglichst kein fauler Kompromiss sein, sondern insofern nachhaltig, dass dann spätere Generationen nicht wieder flicken müssen. Im vorliegenden Geschäft haben wir einen sehr greifbaren Fall, wo wir versucht haben, diese Zielkonflikte zusammenzubringen. Der Zielkonflikt zwischen Landschaftsschutz für die Natur, Freiraumversorgung mit Landschafts- und



Erholungsqualität für die Menschen die hier leben und einer möglichst lokalen Versorgung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln. Zusammen mit einer möglichst stabilen wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive für einen der erfolgreichsten Gemüsebetriebe dieser Region oder weit darüber hinaus. Der Gestaltungsplan wurde mit diesem Ziel angestossen und er versucht, die Konsolidierung und ein gewisses Wachstum des Betriebs **Beerstecher** möglichst effizient möglich zu machen.

Auch um unsere Versorgung sicherzustellen, damit wir auch Gemüse von hier haben können.

Es handelt sich um eine Lösung, die möglichst konzentriert und ablauftechnisch sinnvoll ist. Nur das, was hier im Landschaftsraum Sinn macht, kommt dort hin. Es ist nicht Nachbearbeitung wie z.B. die Rüsthalle, sondern es sind vorallem landwirtschaftliche Arbeiten und die Arbeit an den Geräten. Es gibt parallel dazu das Bemühen, mit ganz vielen verschiedenen kleineren Massnahmen den Natur- und Erholungswert für unseren Landschaftsraum zu stärken.

Das sind Massnahmen, die wir dann spüren, wenn wir hier vorbeispazieren. Auch wenn wir von Weitem Folientunnel und Gebäude ein wenig imposanter sehen. Aber es ist gar nicht so gross. Es sind nämlich auch Wandertunnel, die saisonal sind. Wir sind überzeugt, dass der Betrieb Beerstecher dann auch schaut, dass er sie nur oder vor allem dann einsetzt, wenn es sie wirklich braucht. Es ist ein Konzept, das kompakt ist und möglichst gut eingeordnet. Wir haben mehrere Runden gemacht, hin und her, damit es auch von Weitem gegenüber heute eine minimale Veränderung des visuellen Eindrucks ist und den maximalen Nutzen für den Betrieb ermöglicht. Alle, die schon länger hier dabei sind, haben mitbeobachtet und sich hoffentlich auch mitgefremt, dass der Betrieb Beerstecher ein sehr erfolgreicher, blühender Betrieb ist und immer weiter wächst.

Auch bei uns im Landschaftsraum entlang der Glatt. Es freut uns als Stadtrat sehr, wenn engagierte und auch kreative Unternehmergeiste zu einem so blühenden Betrieb führen.

Wir wollen diese Entwicklungen nach Möglichkeiten unterstützen. Es gibt Leute, die den Eindruck vielleicht nicht loswerden, dass dann das Risiko besteht, dass man immer den kleinen Finger gibt und am Schluss die ganze Hand genommen wird. Also die Frage ist, was das oder kommt da noch mehr. Ich kann versichern, dass es heute die ganze Hand ist. Mehr gibt es nicht, wenn sich nicht ganz viele Bedingungen komplett verändern. Ich glaube, diesen Vorbehalt müssen wir ehrlicherweise zulassen.

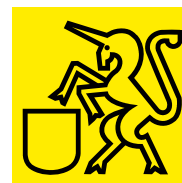
Punkt 2: Wenn dann die Renaturierung der Glatt zwischen Greifensee und Dübendorf mal kommt und vielleicht auch ein bisschen Landwirtschaftsland brauchen sollte, dann gehe ich davon aus, dass wir den vollen Support der Firma Beerstecher haben. So, dass wir dann dort eine Lösung finden, die vor allem dem Natur- und Landschaftsschutz primär zugutekommt, so wie es jetzt im betrieblichen ist.

Punkt 3: Die Entwicklung, die wir mit dem Gestaltungsplan ermöglichen, unterstützt natürlich auch gleichzeitig die Entwicklung und die schnellere Verwertung der Grundstücke im Hochbord. Die Sprecherin der KRL ist darauf eingegangen. Das sind aber wirklich unterschiedliche Geschäfte und es gibt auch keinen gesetzlichen, aber einen entwicklungslogischen Zusammenhang. In einem gewissen Rahmen einen moralischen. Wir sind aber im sehr guten Gespräch mit der Familie Beerstecher und gehen davon aus, dass wir im Rahmen der Realisierung dieser Entwicklungen im Hochbord auf freiwilliger Basis auch einen substanziellen und durchaus auch einen monetär werthaltigen Mehrwert für die Öffentlichkeit ermöglichen werden, weil es über das hinausgeht, was eine so grosse Überbauung im Regelfall sowieso leisten soll.

Geschätzte Anwesende. Es ist über lange Zeit und in vielen Runden ein Geschäft entwickelt worden, um das wir auf allen Ebenen und in allen Aspekten gerungen haben. Wir sind überzeugt, es ist ein sehr gutes und ausgewogenes Geschäft, in dem für uns alle wichtigen Landschaftsraum, das sind wir uns bewusst. Diesmal hat es den Fokus, vor allem auf den Fokus der betrieblichen Entwicklung von einem blühenden Betrieb in diesem Gebiet. Das damit verbundene Interesse soll auch ermöglichen, dass wir mit lokal frischem Gemüse versorgt werden können.

Das bringt das so gut wie möglich zusammen mit dem Schutz vom Landschaftsraum, als Natur- und Erholungsraum. Darum empfiehlt der Stadtrat die Unterstützung aus Überzeugung.»

## Diskussion



### Orlando Wyss (SVP)

«Die Firma Beerstecher AG ist eine in Dübendorf verwurzelte Firma, welche seit Jahrzehnten ein bedeutender Lieferant von frischem Gemüse für die Region Zürich ist. Seit langer Zeit befasst sich die Firma mit dem Plan, ihren Betriebs- und Verarbeitungsschwerpunkt vom Hochbord an zwei neue Standorte im Landschaftsgebiet von Dübendorf und Fällanden zu verlegen. Der Standort Grütägert drängt sich für den Teil des Maschinenparks auf, weil die Firma Beerstecher hier den Maihof schon besitzt und hier schon heute eine Maschinenhalle, Personalunterkünfte und Folientunnel für die Gemüseproduktion besitzt. Die Verarbeitung von Gemüse und die Rüstarbeiten würden dann an einem noch nicht bestimmten Ort in Fällanden stattfinden. Vom Hochbord wegzuziehen macht Sinn, denn dort ist geplant, in einem Gebiet, welches als Hochhausgebiet ausgeschieden ist, Wohnraum zu schaffen, welcher in Dübendorf dringend benötigt wird. In diesem Sinne haben wir auch die neue Bau- und Zonenordnung erst letzthin verabschiedet. Der vorliegende private Gestaltungsplan schafft eine Spezialbauordnung innerhalb der Landwirtschaftszone, welcher die geltende Bauordnung ergänzt. Deshalb muss er auch dem Gemeinderat zur Bewilligung vorgelegt werden. Die Firma Beerstecher AG hat von Anfang an Wert daraufgelegt, dass das Vorhaben landschaftsverträglich aufgegleast werden konnte. Von Anfang an arbeitete sie mit dem Planungsbüro SKW ganz eng mit der Stadt Dübendorf zusammen. Jeder Schritt wurde auch mit dem kantonalen Amt für Raumentwicklung ARE abgestimmt. Drei Mal wurden die Planungsschritte mit dem ARE abgeglichen. In der nun vorliegenden Fassung ist sichergestellt, dass die Zustimmung des Kantons Zürich erfolgen wird. Als zusätzlichen Beitrag für die qualitative Aufwertung des Projekts und als ökologischer Mehrwert der Umgebung ist geplant, einen Naturschutz-Erlebnispfad Hermikon zu realisieren. Dieser ist zwar nicht Teil dieses privaten Gestaltungsplans, aber durch vertragliche Abmachungen abgesichert. Mit diesem Erlebnispfad verpflichtet sich die Firma Beerstecher AG 16 Elemente auf ihren Grundstücken in den Gebieten Grütägert, Mooswiesen und Waldishuser für die Erholungssuchenden umzusetzen. Der vorliegende private Gestaltungsplan wird von der SVP Dübendorf begrüsst und stellt sicher, dass diese innovative Dübendorfer Firma auch weiterhin in ihrer Grundkompetenz des heimischen Gemüsebaus tätig sein kann. Aus diesen Gründen stimmt die SVP diesem privaten Gestaltungsplan mit Überzeugung zu.»

### André Csillaghy (SP)

«Ich spreche für die neue SP/GP Fraktion, nicht als KRL-Mitglied. Wir stimmen diesem Geschäft zu. Wir tun das jedoch nicht vorbehaltlos, und ich möchte kurz festhalten, dass aus unserer Sicht nicht alles richtig gelaufen ist.

Zuerst eine grundsätzliche Bemerkung: Dieses Dossier ist eine Mahnung dafür, was passiert, wenn Prozesse zu lange dauern. Zwanzig Jahre Planung, sechs Präsentationen seit 2019 und am Ende steht dieser neue Rat vor vollendeten Tatsachen. Die Zonenplanänderung im Hochbord wurde 2017 rechtskräftig, noch vor der Einführung des Mehrwertausgleichs in der BZO. Der Erlebnispfad ist privatrechtlich geregelt, eine Änderung am Gestaltungsplan ist nicht mehr möglich. Was wir heute beschliessen, ist das Ergebnis von Entscheiden, die andere früher, getroffen haben. Das ist eine Lektion für künftige Geschäfte: Wer zu lange wartet, verliert den Gestaltungsspielraum.

Zum finanziellen Mehrwert: Die Beerstecher AG schafft durch diese Verlagerung erheblichen Mehrwert im Hochbord. Kein Mehrwertausgleich ist geschuldet. Das ist rechtlich korrekt, jedoch fragwürdig. Was die Stadt zurückerhält ist im Vergleich zu einem Mehrwertausgleich sehr dünn: ein Erlebnispfad und vage Gespräche über mögliche Flächen zur Kostenmiete.

Zum Erlebnispfad: Die Vereinbarung ist privatrechtlich, der Gemeinderat nimmt sie nur zur Kenntnis, und eine Verankerung im Gestaltungsplan ist nicht mehr möglich. Das Kontrollinstrument ist der parlamentarische Vorstoss — das ist das übliche Mittel, hat aber keine präventive Wirkung.

Wir stimmen Ja. Aber wir erwarten, dass bei künftigen Geschäften dieser Art die Weichen früher und transparenter gestellt werden, bevor der Handlungsspielraum verpasst ist. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.»

### Marco Lang (die Mitte/EVP)



«Mit diesem Geschäft wird ein bestehender Landwirtschaftsbetrieb sinnvoll und zukunftsgerichtet weiterentwickelt. Mit diesem Gestaltungsplan können bestehende Arbeitsplätze gesichert und die Voraussetzungen geschaffen werden, dass der Betrieb auch künftig wirtschaftlich geführt werden kann. Für uns ist der Gestaltungsplan ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Bedürfnissen der Landwirtschaft, dem Landschaftsschutz und den Interessen der Bevölkerung. Aus diesen Gründen wird unsere Fraktion diesem privaten Gestaltungsplan zustimmen. Merci.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **Abstimmung**

Der Gemeinderat hat mit 32 zu 0 Stimmen dem privaten Gestaltungsplan zugestimmt.

## **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

in Kenntnis eines Antrags des Stadtrates vom 4. Dezember 2025, gestützt auf Art. 16, Ziff. 4, der Gemeindeordnung vom 26. September 2021

1. Dem privaten Gestaltungsplan «Grütägert», bestehend aus dem Situationsplan 1:1000 und den zugehörigen Bestimmungen, beide in der Fassung vom 26. September 2025, wird zugestimmt.
2. Dem Mitwirkungsbericht zu den berücksichtigten und nichtberücksichtigten Einwendungen gemäss §7 Abs. 3 PBG, Kapitel 8. des erläuternden Berichtes zum Gestaltungsplan (Planungsbericht nach Art. 47 RPV und § 7 PBG), wird zugestimmt.
3. Der Planungsbericht zum Gestaltungsplan nach Art. 47 PRV wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Beilage Visualisierung Endzustand, Plan 1:1000 wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Beilagen «Der Betrieb», «Der Betriebsverkehr» und «Die Aussiedlung» werden zur Kenntnis genommen.
6. Die Vereinbarung «Massnahmen Erlebnispfad Hermikon», in der Fassung vom 26. September 2025, wird zur Kenntnis genommen.
7. Der Situationsplan «Massnahmen Erlebnispfad Hermikon», 1:7000, in der Fassung vom 26. September 2025, wird zur Kenntnis genommen.
8. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **5. Kreditabrechnung für das Schulhaus Three Point GR Geschäft Nr. 8/2026**

---

Patrick Schärli (Die Mitte/EVP), Präsident KSG

«Mit der Urnenabstimmung vom 28. November 2021 wurde der Realisierung der Primarschule Hochbord und Einfachsporthalle im Totalbetrag von 16,26 Mio. Franken zugestimmt. Das Schulhaus ist mittlerweile realisiert und gemäss Aussagen der Primarschulpflege hat es sich bestätigt, dass der Betrieb einer Schule in einer Wohnüberbauung sehr gut funktioniert. Die Bauabrechnung liegt zur Genehmigung vor.



Aufgrund der damaligen Dringlichkeit wurde der Kredit für den Erwerb der Stockwerkeinheiten durch den Gemeinderat bewilligt. Die Stockwerkeinheiten wurden als (vermietbare) Büro- und Gewerberäumlichkeiten gekauft.

Da die Erstellung der drei Türme schon weit vorangeschritten war, musste in einer kurzen Zeit die Innenausstattung der Schulräume geplant und erstellt werden. Auch bei der Erstellung der Einfachsporthalle musste ein straffer Terminplan erstellt werden, damit beim vorgesehenen Bezugstermin der Wohnungen im Three Point die Arbeiten der Sporthalle und die Umgebungsarbeiten abgeschlossen sein würden.

Eine Herausforderung der Nutzungsänderung als Schulraum bestand darin, eine interne Verbindung zwischen den beiden Stockwerken zu schaffen. Die als Stockwerkeigentum erstellten Einheiten waren als eigenständige und unabhängige Gewerberäume geplant und nicht für schulische Zwecke ausgearbeitet. Für den Betrieb einer Schule ist aber zwingend, dass die Stockwerke miteinander verbunden sind, weshalb der Einbau einer Wendeltreppe unabdingbar war. Diese Verbindung verursachte Mehrkosten von Fr. 193'860, die der Stadtrat am 16. März 2023 bewilligt hat.

Für den Bau einer Einfachsporthalle auf dem Grundstück Three Point musste im Gestaltungsplan ein neues Baufeld festgelegt werden. Die Überarbeitung wurde am 24. November 2022 bewilligt. Im Verlauf der Planung mussten zusätzliche Anforderungen für hindernisfreies Bauen berücksichtigt werden. Die geplante Fassadenverkleidung war nicht mehr lieferbar und musste durch eine teurere Alternative ersetzt werden. Aufgrund ausserordentlicher Umstände, wie dem Ukrainekrieg und der Energiemangellage, kam es zu Lieferengpässen sowie zu erheblichen Kostensteigerungen. Die zusätzlichen Kosten von Fr. 2'138'000 wurden als gebundene Mehrkosten beantragt und am 16. März 2023 vom Stadtrat bewilligt.

Die Parkanlage der Überbauung Three Point steht den Schulkindern während der Unterrichtspausen für Spiel- und Bewegungsaktivitäten zur Verfügung. Zudem wurde der Stadt für einen Bereich ein Sondernutzungsrecht für einen Pausenplatz eingeräumt. Im Bereich der Unterstufenklassen im Turm E wurden zusätzlich Spielgeräte installiert, und ein kleiner Hartplatzbelag bietet Platz für Ballspiele. Ausserdem wurde ein Pavillon als Unterstand errichtet, der an regnerischen Tagen für Unterricht im Freien genutzt werden kann.

### \*\*\*Projektion der Kennzahlen\*\*\*

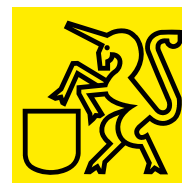
#### Kennzahlen

- Schulhaus Three Point
  - Gesamtnutzfläche (NGF) 662 m<sup>2</sup>
  - Volumen: 2'091 m<sup>3</sup>
- Sporthalle
  - Gesamtnutzfläche (NGF) 844 m<sup>2</sup>

#### Kreditabrechnung

Auf den folgenden Tabellen sehen wir wie der letztendliche Bruttokredit von Fr. 18'951'860 zustande gekommen ist und wie für den Primarschulraum Three Point und Einfachsporthalle verwendet wurde.

### \*\*\*Projektion der bewilligten Kredite\*\*\*



| Kredit                     | Bezeichnung                                 | Kredithöhe Fr.       |
|----------------------------|---------------------------------------------|----------------------|
| PSP 07/19-20               | Bauherrenbegleitung                         | 60'000.00            |
| SRB 03.12.2020 NR 20-499   | Vorleistung Architekt Sporthalle            | 300'000.00           |
| Urnenabstimmung 28.11.2021 | Baukredit <u>Three</u> Point und Sporthalle | 16'260'000.00        |
| SRB 26.01.2024 Nr. 23-59   | Nachtrag Baukredit                          | 2'331'860.00         |
| <b>TOTAL</b>               |                                             | <b>18'951'860.00</b> |

\*\*\*Projektion des Endkostenstands gemäss Buchhaltung\*\*\*

Diese Darstellung zeigt bei welchen Investitionen Mehr- oder Minderkosten angefallen sind. Total wurden die bewilligten Kredite um Fr. 247'000 unterschritten.

| Investitionskonto   | Bezeichnung                               | Kredithöhe Fr.       | Ausgaben Fr.         |
|---------------------|-------------------------------------------|----------------------|----------------------|
| 7100.504000.IR01085 | Bauherrenbegleitung                       | 60'000.00            | 40'952.35            |
| 7100.504000.IR01159 | Hochbau Sporthalle                        | 9'108'000.00         | 8'994'795.65         |
| 7100.504000.IR01165 | Kauf Stockwerkeigentum <u>Three</u> Point | 7'889'000.00         | 7'904'126.80         |
| 7100.504000.IR01166 | Hochbau Schulhaus                         | 639'860.00           | 737'694.90           |
| 7100.504000.IR01167 | Mobiliar Schulhaus                        | 1'175'000.00         | 944'690.44           |
| 7100.504000.IR01168 | Mobiliar Turnhalle                        | 80'000.00            | 79'613.65            |
| <b>TOTAL</b>        |                                           | <b>18'951'860.00</b> | <b>18'704'873.79</b> |
| <b>Minderkosten</b> |                                           |                      | <b>246'986.21</b>    |

Die Ursachen zur Kostenunterschreitung zu den bewilligten Baukrediten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Im Vorprojekt wurden mehr Eigenleistungen anstelle von externen Kosten aufgewendet. Dies führte zu Minderkosten von Fr. 19'047.

Bei der Planung der Sporthalle musste aufgrund des Zeitdrucks die Kredithöhe ohne detaillierte Studien voranschlagt werden. Dies führte zu einer vorsichtigen Bemessung der Kredithöhe und am Ende zu einer Unterschreitung von Fr. 113'000.

Die Kosten für die Stockwerkeinheiten vielen um Fr. 18'000 aufgrund von Notariats- und Grundbuchgebühren sowie rechtlichen Abklärungen um 0.23 % höher aus.

Bei der Schulanlage wurde auf Antrag der Primarschulpflege ein zusätzlicher Parkplatz gekauft. Der Preis von Fr. 80'000 erklärt den Hauptteil der Überschreitung von Fr. 97'000 bei den Baukosten des Schulhauses.

Die Kosten für das Mobiliar vielen um Fr. 230'000 tiefer an als bewilligt. Zum einen, weil auch hier die Kredithöhe ohne detaillierte Analyse voranschlagt wurde. Zum anderen wurden Mobilien fürs Technische und Textile Gestalten (TTG) aus dem Bestand des Schulhaus Birchlen ergänzt.

Nicht im Projekt enthalten sind zugesprochene Beiträge des kantonalen Sportfonds über Fr. 600'000. Diese können erst mit der genehmigten Bauabrechnung eingefordert werden. Aufgrund des Bruttoprinzips ist dieser Betrag nicht in der Abrechnung enthalten. Wir erwarten von Stadtrat und Schulpflege, dass die KSG informiert wird, sobald dieses Geld eingetroffen ist.

Die UK der KSG hat in einer Fragerunde einige Fragen gestellt. Zum einen war das Ziel detailliertes Zahlenmaterial zu bekommen, um besser zu verstehen, wie es zu den Abweichungen zu den bewilligten Kosten kam. Dies weil die mit dem Antrag gelieferten Unterlagen der UK zu wenig tief gingen. Zum anderen wollte die UK verstehen, wie sich das Projekt im Vergleich mit anderen Schulhausprojekten in Punkte Kosten präsentiert.



### *Fazit*

Es handelt sich bei diesem Schulhausprojekt nicht um ein klassisches Bauprojekt, da die Hauptkosten aus dem Kaufpreis des TU bestehen. Daher wurde auch auf eine klassische BKP-Aufstellung verzichtet. Eine belegscharfe Übersicht wurde der UK der KSG als Antwort auf ihre Fragen geliefert. Auch ist ein Kostenvergleich mit anderen Projekten aufgrund der unüblichen Projekthaltigkeit (Hochhaus, Stockwerkeigentum) schwierig. Die KSG hat dennoch ein paar Kennzahlen bekommen. So liegen z.B. die Kosten pro Schulzimmer exkl. Turnhalle mit rund 1.1 Millionen tiefer als der allgemeine Durchschnitt von rund 1.5 Millionen.

### *Antrag der KSG*

Die KSG beantragt dem Gemeinderat einstimmig die vorliegende Kreditabrechnung zu genehmigen.»

### Stellungnahme Stadtrat, Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

«Ich möchte mich nicht nur bei der KSG ganz herzlich bedanken für die Prüfung dieser Kreditabrechnung, sondern vor allem allen, die an diesem Projekt beigetragen und mitgewirkt haben. Wir haben es von Patrick Schärli gehört. Es war etwas speziell, es gab viele Hindernisse, es gab zuerst gar keine Turnhalle, man musste ganz viele Änderungen machen. Das musste alles schnell gehen. Das war sehr speziell.

Am letzten Dienstag hatten wir das Amt für Städtebau von Winterthur hier und sie hatten eine Führung im Three Point. Unser Projektleiter, der uns in diesem ganzen Projekt begleitet hat, hat uns dann ein wenig erzählt, wie das alles gelaufen ist. Die Leute haben gestaunt, dass das geklappt hat und haben dann unseren Projektleiter gefragt, was die Gelingensbedingungen waren.

Der Projektleiter sagte, dass es aus seiner Sicht die Politik war, also Politiker, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen und das Risiko einzugehen für ein solches Projekt. Der ganze Stadtrat war mit dabei, allen voran Martin Bäumle, der einen engen Kontakt zum Eigentümer hatte. Es war Jürgen Besmer, ehemaliger Stadtrat. Aber auch die Verwaltung. Der Reto Lorenzi, Doris Meier, die alle mitgefiebert und mitbeigetragen haben, dass das Projekt zustande kam. Auch der Gemeinderat, bei dem man zuerst noch nicht viel in der Hand hatte und die Turnhalle noch nie nicht da war, aber man mitgezogen hat. All das hat dazu beigetragen, dass das heute wirklich ein tolles Projekt ist.

Es hat sich bewährt, es läuft jetzt seit zwei Jahren. Man hatte Angst es gibt Konflikte mit den Nachbarn und den Bewohnern. Aber es ist nicht so, alle sind zufrieden und glücklich mit dem riesigen Aussenraum, der zur Verfügung steht. Es ist ein ganz schönes Projekt geworden. Vielen Dank.»

### Christian Ingold (SVP)

«Zuerst einmal vorweg. Unsere Fraktion wird der vorliegenden Kreditabrechnung zustimmen. Das Schulhausprojekt Three Point ist heute Realität, funktioniert und der benötigte Schulraum steht zur Verfügung. Zudem liegt die Schlussabrechnung innerhalb des bewilligten Gesamtkredits. Trotzdem bleibt ein kritischer Blick angebracht. An der Urne wurde der Bevölkerung ein Kredit von 16,26 Mio. Franken vorgelegt. Schlussendlich war der bewilligte Gesamtkredit aber fast 19 Mio. Franken. Zwar werden dann Teile der Mehrkosten mit ausserordentlichen Umständen wie der Bauteuerung, dem Lieferengpass oder den zusätzlichen Anforderungen begründet. Allerdings stellt sich uns die Frage, ob gerade bei den zusätzlichen Krediten alle Kosten als gebunden betrachtet werden können. Aus Sicht unserer Fraktion ist diese Auslegung zumindest diskussionswürdig. Es darf nicht zur Gewohnheit werden, dass wesentliche Kostensteigerungen nachträglich ausserhalb des ursprünglich bewilligten Volkskredits abgewickelt werden. Vor allem müssen wir aber auch Lehren aus dem Projekt ziehen. Die Dringlichkeit dieses Geschäfts entstand nicht zufällig. Sie war eine Folge von früheren politischen Entscheidungen. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand im Hochbord Grundstücke ohne Bedingungen im Baurecht verkauft und wenig später ist sie unter Zeitdruck gezwungen wieder in private Liegenschaften einzukaufen, um den notwendigen Schulraum sicherzustellen. Genau diese Situation hat dazu geführt, dass man zuerst Gewerbefläche erwerben musste und dann in neuen Schulraum umwandeln musste. Eine vorausschauende Boden- und



Infrastrukturpolitik, vor allem in Bezug auf die Schülerzahlen, hätte hier mehr Handlungsspielraum geschaffen und möglicherweise kostengünstigere Lösungen ermöglicht.

Unser Appell an den Stadtrat und die Schulpflege lautet darum, dass Schulraum und Bodenpolitik langfristiger und strategischer erfolgen müssen. Wer das Wachstum einer Stadt kennt, muss die notwendigen Flächen rechtzeitig sichern, statt später unter Zeitdruck teure und komplizierte Lösungen zu realisieren. Trotz unserer Kritik erkennen wir, dass das Projekt heute seinen Zweck erfüllt. Aus diesem Grund stimmen wir der Kreditabrechnung zu. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat hat mit 35 zu 0 Stimmen der Kreditabrechnung zugestimmt.

### **Beschluss**

Der Gemeinderat beschliesst

In Kenntnis eines Antrages der Primarschulpflege vom 20. Januar 2026, gestützt Art. 18, Ziff. 13, der Gemeindeordnung vom 26. September 2021.

1. Die Abrechnung des Bruttokredits von Fr. 18'951'860.00, mit Aufwendungen von Fr. 18'704'873.79 und Minderausgaben von Fr. 246'986.21 (-1.3 %) für die Realisierung der Primarschule Three Point und Einfachhalle wird genehmigt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

### **6. Objektkredit (Neue Ausgaben) für die Sanierung der Strasse und Erneuerung der Kanalisation an der Wilstrasse, Abschnitt Leepünt- bis Fällandenstrasse GR Geschäft Nr. 7/2026**

---

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP)

«Ich bitte den Sprecher der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Stefan Angliker (FDP), das Geschäft und den Antrag der GRPK vorzustellen.»

Stefan Angliker (FDP)

«Ich darf ihnen für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission das Geschäft zum Objektkredit für die Sanierung der Strasse sowie der Erneuerung der Kanalisation in der Wilstrasse im Abschnitt Leepünt- bis Fällandenstrasse vorstellen.

Der Abschnitt der Wilstrasse von der Einmündung Leepüntstrasse bis zur Einmündung in die Fällandenstrasse befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Fahrbahn weist zahlreiche Risse, Flicke und Verformungen auf und die Bushaltestellen Zelglistrasse und Grünenstrasse entsprechen nicht den geltenden Vorgaben zur Barrierefreiheit. Der Mischwasserkanal der Kanalisation stammt grösstenteils aus dem Jahr 1952 und genügt den heutigen Kapazitätsanforderungen nicht mehr. Hinzu kommt, dass die Veloinfrastruktur mit Radstreifen von nur rund einem Meter Breite nicht mehr den aktuellen Sicherheitsstandards genügt.

Das Gesamtprojekt in der Höhe von 4.69 Mio. Franken umfasst die Belagserneuerung, den Neubau der Kanalisation, den hindernisfreien Umbau der Bushaltestellen, die Verbreiterung der Radstreifen auf mindestens 1.50 m sowie die Anpassung von Fussgängerübergängen und Einmündungen. Der grössere Teil des Projekts im Umfang von 4.38 Mio. Franken gilt als gebundene Ausgabe.



Wir bestimmen heute über die neuen, nicht gebundenen Ausgaben in der Höhe von Fr. 310'000. Diese umfassen die folgenden vier Elemente:

- Fr. 140'000 für die Neugestaltung der Einmündung Neuhausstrasse. Die heute überdimensionierte Einmündung wird neu ausgebildet und nicht mehr benötigte Flächen werden entsiegelt sowie begrünt, womit ein Beitrag zur Hitzeminderung geleistet wird.
- Fr. 100'000 für neue beidseitig Randsteine im gesamten Perimeter. Davon ausgenommen sind die Bushaltestellen, deren hindernisfreie Gestaltung eine gebundene Ausgabe ist.
- Fr. 50'000 die Fahrbahnerweiterung zur Anlage von neuen Schutzinseln und Mehrzweckstreifen.
- Fr. 20'000 für den Rückbau der bestehenden Bushaltstelle Zelglistrasse in Fahrtrichtung stadtauswärts, welche im Rahmen des Projekts neu angeordnet wird.

Aus Sicht der GRPK ist das vorliegende Projekt zur Sanierung der Wilstrasse zwischen der Leepünt- und der Fällandenstrasse zweckmässig. Die Strasse sowie die Werkleitungen sind in einem schlechten Zustand, weshalb eine Sanierung dringend angezeigt ist. Auch der hindernisfreie Ausbau der Bushaltestellen ist notwendig.

Die Gestaltung des Strassenraums lehnt sich an den bereits sanierten Abschnitt zwischen Städtlikreuzung und Leepüntstrasse an und erfüllt die Anforderungen an eine innerstädtische Sammelstrasse. Für den Veloverkehr bedeutet die Verbreiterung der Radstreifen einen Sicherheitsgewinn und durch die Begrünung im Bereich der Einmündung Neuhausstrasse wird ein Beitrag zur Hitzeminderung geleistet.

Ein Verzicht auf die Sanierung der Strasse und der Werkleitungen wäre nicht vertretbar und würde insbesondere bei den Werkleitungen zudem das Risiko von Infrastrukturschäden erhöhen.

Die GRPK beantragt daher einstimmig, dem vorliegenden Objektkredit von Fr. 310'000 für die neuen Ausgaben zur Sanierung von Strasse und Kanalisation in der Wilstrasse im Abschnitt Leepünt- bis Fällandenstrasse zuzustimmen. Besten Dank.»

### Stellungnahme Stadtrat, Tiefbauvorstand Adrian Ineichen (FDP)

«Ich bedanke mich bei der GRPK ganz herzlich für die sorgfältige, umfassende und wohlwollende Prüfung dieses Geschäfts. Ich erlaube mir trotzdem noch ein paar Kommentare zu diesem Geschäft. Der Anteil an Nicht gebundenen Kosten wurde im Zweifelsfalle grosszügig aufgerundet, um den Eindruck zu vermeiden, dass das Geschäft dem Gemeinderat vorenthalten werden sollte.

Im Zweifelsfalle also vor den Gemeinderat.

Der Zustand dieses Strassenabschnitts ist sanierungsbedürftig. Heute begrünt sich die Strasse quasi selbstständig, weil aus zahlreichen Ritzen Pflanzen herauswachsen.

Das Bauprogramm folgt der Stossrichtung des Stadtrats gemäss seinen Legislaturzielen 2022-2026:

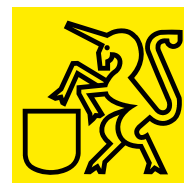
- Entsiegelung und damit Begrünung wo möglich, für mehr Schatten
- Verbesserungen für den Veloverkehr und Fussgänger
- Behindertengerechter Ausbau der Bushaltestellen
- Keine Kapazitätseinschränkungen für den motorisierten Individualverkehr und öffentlichen Verkehr
- Landerwerb möglichst vermeiden

Trotz dem teils engen Strassenraum erfüllt das Geschäft diese Ziele. Das Projekt ist ausgewogen und koordiniert mit anderen Werken. Ich danke darum für Ihre Zustimmung.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat hat mit 35 zu 0 Stimmen dem Objektkredit zugestimmt.



## Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst

In Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 5. Februar 2026, gestützt Art. 18, Ziff. 4, der Gemeindeordnung vom 26. September 2021.

1. Für die Erstellung einer verkehrssicheren und durchgehenden Veloverbindung, dem hindernisfreien Haltestellenumbau, der Anpassung der Fussgängerübergänge mit begrünten Mittelinseln sowie Mehrzweckstreifen und der Anpassung der Einmündung Neuhausstrasse sowie der Strassensanierung an der Wilstrasse, Abschnitt Leepüntstrasse bis Fällandenstrasse wird ein einmaliger Objektkredit (neue Ausgaben) von Fr. 310'000.00 bewilligt.
2. Dieser Betrag wird nach Massgabe des Schweizerischen Baupreisindexes gemäss folgender Formel der Teuerung angepasst:  $\text{Bewilligte Ausgabe} \times \text{Zielindex} \div \text{Startindex}$  (Stand: 12. Dezember 2025).
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

## 7. **Postulat Sofia van Moorsel (SP/GP) und 12 Mitunterzeichnende «Strategie im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in Dübendorf» / Überweisung GR Geschäft Nr. 20/2026**

---

Ratspräsident Julian Croci (SP/GP) bittet Sofia van Moorsel (SP) als Erstunterzeichnende, das Postulat mündlich zu begründen.

### Sofia van Moorsel (SP)

«Am 1. Juni 2026 habe ich mit 12 weiteren Unterzeichnenden ein Postulat eingereicht, das fordert, dass Dübendorf zu häuslicher und sexualisierter Gewalt eine klare Strategie entwickeln soll. Das Thema war zu diesem Zeitpunkt gerade hochaktuell. Gut zwei Wochen vorher wurde ein 44-jähriger Mann wegen einer besonders grausamen Tat vom Basler Strafgericht zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Er hat seine Frau erdrosselt und danach zerstückelt. Im Zusammenhang mit der Gerichtsverhandlung, welche natürlich viel Medienaufmerksamkeit bekam, haben verschiedene OpferberaterInnen und ExpertInnen zum wiederholten Mal gefordert, dass die Schweiz Frauen besser vor Gewalt schützen müsse.

Leider ist es aber nach wie vor so, dass die Wahrnehmung von häuslicher und sexualisierter Gewalt in der Schweiz immer noch sehr unterschiedlich ist. So wurde am 2. Juni 2026 im Nationalrat im Rahmen der Beratung zum Opferhilfegesetz diskutiert ob Frauenhäuser in allen Kantonen Pflicht sein sollten oder ob das nur "teure Hotels" sind und man darum sich auf ein paar wenige Frauenhäuser, für mehrere Kantone zusammen beschränken soll.

Was ein trauriger Fakt ist. Nur einen Tag nach der Beratung im Nationalrat hat ein tragischer Fall im Kanton Aargau mich und wohl auch Euch alle tief betroffen gemacht. Eine 36-jährige Mutter von zwei kleinen Mädchen wurde in ihrer Wohnung durch ihren Ehemann brutal getötet. Dieser Fall hat erneut vor Augen geführt, dass häusliche Gewalt eben keine abstrakte Debatte und eine Frage der Ansichtssache ist, sondern Realität mit tödlichen Konsequenzen. Das war der 13. Femizid in der Schweiz im Jahr 2026. Das sind also im Durchschnitt zwei pro Monat.

Darum ist es wohl klar, dass es wichtig ist, dass es überall gut ausgebaute und vor allem auch bekannte Hilfsangebote gibt. Es reicht nicht, wenn Unterstützungsstrukturen vorhanden sind – sie müssen auch tatsächlich bei der Bevölkerung bekannt und im Ernstfall rasch zugänglich sein. Und das ist die Aufgabe von Städten und Gemeinden.



Dübendorf hat konkrete Handlungsmöglichkeiten und kann kantonale und nationale Bemühungen – die es ja zum Glück immer mehr gibt (z.B. die neue Hotline, das überarbeitete Operhilfegesetz oder das Postulat zum Thema Online-Radikalisierung von jungen Männern durch die Manosphere) und welche auch immer weiterentwickelt werden – wirksam ergänzen. Insbesondere in diesen Punkten kann die Stadt konkret ihren Teil dazu beitragen:

- Prävention (z.B. Aufklärung, Früherkennung, Kampagnen im öffentlichen Raum)
- Erreichbarkeit von Betroffenen, insbesondere vulnerabler Gruppen
- Niederschwelliger Zugang zu Unterstützungsangeboten
- Vermittlung und Koordination mit Fachstellen
- Sensibilisierung der Bevölkerung
- Schulung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden in relevanten Bereichen (z.B. Schule, Soziales, Medizin und Pflege, Verwaltung)

Mit unserem Postulat wollen wir, dass Dübendorf eine klare und koordinierte Strategie zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt entwickelt. Wir sind überzeugt, dass es absolut notwendig ist, nicht nur punktuell zu reagieren, sondern strukturiert und vorausschauend zu handeln. Schutz vor Gewalt ist keine Frage der Parteipolitik, sondern unserer gemeinsamen Verantwortung – von Frauen und Männern. Daher bitte ich Euch, dieses Postulat zu überweisen. Vielen Dank.»

#### Stellungnahme Stadtrat, Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (Die Mitte/EVP)

«Der Stadtrat ist sich ganz sicher bewusst, dass er jegliche häusliche Gewalt nicht gutiert und er dies zum Schärftsten kritisiert. Am 12. März 2026 hatte der Stadtrat bereits mit der schriftlichen Anfrage von Leandra Columberg die Situation der häuslichen Gewalt in der Stadt Dübendorf beantwortet. Bei der Beantwortung konnte aufgezeigt werden mit welchen Institutionen zusammengearbeitet wird. Mit der Fachstelle Gewaltschutz der Kantonspolizei Zürich besteht eine gute und enge Zusammenarbeit. Auch bestehen weitere Kontakte zur Interventionsstelle häusliche Gewalt des Kantons Zürich sowie auch zur Fachstelle häusliche Gewalt der Stadtpolizei Winterthur.

Wie bereits in der schriftlichen Anfrage ausgeführt ist die Stadt Dübendorf gegen häusliche Gewalt breit aufgestellt. Wir sind uns jedoch sehr bewusst, dass jedes Delikt von häuslicher Gewalt eines zu viel ist.

Dem Stadtrat sind die Problematiken der häuslichen Gewalt wichtig und er ist bestrebt die nötigen Massnahmen in einem sinnvollen Rahmen vorzunehmen. Er würde bei einer allfälligen Überweisung des Postulates die Problematik der häuslichen Gewalt nochmals eingehend prüfen, die bereits erwähnten Anlaufstellen angehen und falls nötig weitere Schritte in Betracht ziehen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.»

#### Julia Stockmann (Die Mitte/EVP)

«Häusliche Gewalt ist kein Randthema. Allein im Kanton Zürich gibt es über 7'500 Polizeieinsätze pro Jahr. Schweizweit wurden 2025 mehr als 22'000 Fälle registriert. Die Dunkelziffer bleibt jedoch hoch, weil viele Betroffene aus Angst oder Scham keine Hilfe suchen. Genau darum braucht Dübendorf eine klare kommunale Strategie. Heute gibt es zwar Kooperationen, aber sie sind reaktiv, fallbezogen und für Betroffene zu wenig sichtbar. Prävention, Früherkennung und niederschwellige Unterstützung funktionieren nur, wenn die Zuständigkeiten klar sind und die Angebote aktiv kommuniziert werden. Eine Strategie schafft Struktur. Sie schliesst Lücken und stärkt den Schutz derjenigen, die ihn am dringendsten brauchen. Die Mitte-EVP-Fraktion unterstützt deshalb das Postulat ausdrücklich. Es ist ein notwendiger Schritt, damit Dübendorf Verantwortung übernimmt und nicht erst handelt, wenn es zu spät ist. Besten Dank.»

#### Priyanka Ruprecht (FDP)

«Häusliche und sexualisierte Gewalt gehören zu den schwerwiegendsten gesellschaftlichen Problemen überhaupt. Hinter jedem Fall stehen Menschen, die Schutz, Unterstützung und rasches Handeln benötigen. Für die FDP ist deshalb unbestritten, dass Gewalt niemals toleriert werden darf. Opfer müssen so gut wie möglich geschützt und Täter konsequent zur Verantwortung gezogen



werden. Die entscheidende Frage lautet jedoch nicht, ob wir das Problem ernst nehmen. Die entscheidende Frage ist, ob das vorliegende Postulat geeignet ist, den Betroffenen tatsächlich zu helfen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist dies nicht der Fall.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf die frühere schriftliche Anfrage von Leandra Columberg (SP), bereits ausführlich dargelegt, dass die Stadtverwaltung und auch die Primarschule eng mit dem Frauenhaus Zürcher Oberland zusammenarbeiten und dass die Schnittstellen zur Fachstelle Gewaltschutz der Kantonspolizei, aber auch zu den anderen involvierten Fachstellen wie KESB, Opferhilfe oder schulpsychologischer Dienst gut etabliert sind. In Schule und Verwaltung bestehen Leitfäden, Schulungen sowie etablierte Abläufe zur Früherkennung und Triage. Die vorhandenen Strukturen greifen bereits heute ineinander. Zudem hat der Stadtrat bereits einen möglichen Optimierungsbedarf in der Kommunikation erkannt. Das Postulat zeigt demgegenüber keine weitere konkrete Lücke auf, die mit den bestehenden Instrumenten nicht geschlossen werden könnte. Es verlangt vielmehr eine kommunale Strategie mit zusätzlichen Konzepten, Koordinationsaufgaben und Berichten.

Gerade hier sehen wir das Problem. Häusliche Gewalt ist – wie erwähnt – ein gesamtgesellschaftliches Thema. Die eindrucksvollen Erfolge in Spanien bei der Bekämpfung von Femiziden wurden vor allem dank dem konsequenten Einsatz von Fussfesseln ermöglicht. Dabei kommt das sogenannte Dynamische Electronic Monitoring zur Anwendung, bei dem die Standorte von Täter und Opfer überwacht werden. Auf diese Weise kann ein gerichtlich verfügbares Annäherungsverbot massiv unterstützt werden. Auch unser Schweizer Strafprozessrecht bietet dafür die notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Der Kanton Zürich hat – nach dem spanischen Vorbild – eine Pilotphase bereits abgeschlossen. Sie kommt dabei allerdings zum Schluss, dass nur eine national koordinierte Lösung Sinn macht.

Andere Massnahmen, vor allem was Ansprechstellen und Fachstellen betrifft, sind hingegen sinnvollerweise bewusst kantonal koordiniert. Kantonspolizei, Strafverfolgungsbehörden, Opferhilfestellen, Frauenhäuser und spezialisierte Beratungsstellen verfügen über das notwendige Fachwissen, die Erfahrung und die Ressourcen. Eine Gemeinde kann und soll diese koordinierten Strukturen weder ersetzen noch parallel dazu eigene Systeme aufbauen.

Wenn jede Gemeinde eigene Strategien, Kommunikationskonzepte und Koordinationsmodelle entwickelt, entstehen zwangsläufig Doppelspurigkeiten, unterschiedliche Standards und zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Davon profitiert am Ende niemand. Im Gegenteil: Gerade für Betroffene ist Klarheit entscheidend. Sie müssen rasch wissen, an welche professionellen Stellen sie sich wenden können. Zusätzliche kommunale Parallelstrukturen können diese Orientierung sogar erschweren.

Bemerkenswert ist zudem, dass der Stadtrat selbst einen Handlungsbedarf nicht etwa bei fehlenden Konzepten oder Zuständigkeiten sieht, sondern bei der besseren Bekanntmachung der bestehenden Angebote. Genau dort sollte angesetzt werden. Es braucht keine neue Strategie, sondern eine konsequente Nutzung und Sichtbarmachung der bereits vorhandenen kantonalen Angebote.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn eine Überweisung dieses Postulats überhaupt bringen würde. Der Stadtrat müsste im Wesentlichen nochmals darlegen, was er bereits in seiner überzeugenden Antwort auf die schriftliche Anfrage ausgeführt hat. Ein echter Mehrwert ist jedenfalls nicht erkennbar.

Wir helfen den Opfern nicht mit weiteren Strategiepapieren, sondern mit professionellen und klar zuständigen Fachstellen. Diese bestehen bereits heute. Sie gilt es zu unterstützen und ihre Angebote noch bekannter zu machen, anstatt neue kommunale Parallelstrukturen zu schaffen.



Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Überweisung des Postulats ab. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.»

## Sarah Steiner (SVP)

«Ich persönlich habe das Glück in einer sehr liebevollen und respektvollen Beziehung zu sein. Aber wie bei vielen Frauen verlässt auch mich das Glück, wenn ich zur Haustüre rausgehe. Sei es beim Zahlen an der Tankstelle, im Ausgang oder sogar im Bus, wo ich dann schlussendlich im Sonnental ausgestiegen und bis zum Bahnhof Stettbach gelaufen bin. So richtig sicher ist man nicht einmal mehr am helllichten Tag. Neben dem Geschlecht der Täter haben alle Szenarien allerdings etwas gemeinsam. Ein Dübendorfer Massnahmenplan hätte mir dort auch nicht weitergeholfen. Das Problem ist nicht, dass es keine Anlaufstellen gibt. Das Problem ist auch nicht, dass man diese Anlaufstellen nicht kennt. Das zeigt auch die schriftliche Antwort des Stadtrats, der auf die diversen Angebote, die schon bestehen, und auf die diversen Zusammenarbeiten hinweist. Neben der Polizei und den schon vorher genannten kantonalen Fachstellen, die im Übrigen viel mehr Kapazität und Expertise haben als etwas, das man in Dübendorf wieder selbst kücheln würde, gibt es seit Mai auch noch eine neue Notfallnummer, die 142.

Dort kann man sich anders als bei einer Dübendorfer Bürostelle, die wahrscheinlich aus diesem Postulat resultieren sollte, während 24/7 Hilfe holen. Das Problem ist, wie schon erwähnt, die Dunkelziffer. Das Problem ist der Täterschutz, den wir in unserem Land haben. Das Problem ist, dass man zum Teil so perplex ist in diesen Situationen, Angst vor den Reaktionen von dummen Kommentaren hat, Angst davor, nicht ernst genommen zu werden. Oder gerade im Fall von häuslicher Gewalt kann ich mir vorstellen, auch die Angst davor, was passiert, wenn der Mann oder die Frau nach dem Besuch bei der Polizei wieder nach Hause kommt.

All das sind Probleme, die Dübendorf mit einem eigenen Massnahmenplan oder einer eigenen Strategie nicht beseitigen wird. Es sind Probleme, die man mit übergeordneten Gesetzen, mit übergeordneten Schutzprogrammen zu bekämpfen versuchen muss. Wenn auch viele das im Rat nicht hören wollen, so auch mit einer kontrollierten Zuwanderung. Solange mehr ausländische Frauen Täter häuslicher Gewalt sind als Schweizer Männer, sollte der nächste Schritt zur Prävention von sexualisierter und häuslicher Gewalt eigentlich auf der Hand liegen. Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion die Überweisung des Postulats ablehnen.»

## Nicole Zweifel (glp/GEU)

«Mit dem vorliegenden Postulat wird ein wichtiges Thema aufgegriffen. Ein Thema, das in der Gesellschaft zu grossen Spannungen und bei den Betroffenen zu viel Leid führt. Daher geht uns das Thema häusliche Gewalt alle an. Gewalt ist sehr oft ein Ausdruck der Unterlegenheit. Leider ist den Gewaltausübenden dies wohl kaum bewusst. Die Betroffenen demgegenüber sind oft in einer Spirale vielfältiger Abhängigkeiten gefangen. Eine Konstellation, die die Wahl und die Wirksamkeit geeigneter Massnahmen zu einer komplexen Angelegenheit werden lassen. Das Postulat möchte, dass der Stadtrat prüft, wie die Stadt Dübendorf eine kommunale Strategie im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt entwickeln und umsetzen kann. Die Strategie soll sich an den bestehenden kantonalen und nationalen Massnahmen orientieren und diese auf kommunaler Ebene gezielt ergänzen. Der verlangte Bericht soll bestehende Lücken auf kommunaler Ebene identifizieren, Zuständigkeiten klären und einen konkreten Massnahmenplan vorlegen, der die vorgesehenen Massnahmen mit Zuständigkeiten, Zeitplan und Ressourcenbedarf ausweist. Die Fraktion der Grünliberalen sieht wie bereits erwähnt die Notwendigkeit sich mit der Thematik der häuslichen Gewalt auseinanderzusetzen und begrüsst grundsätzlich ein einfach erreichbares Angebot von Unterstützungsleistungen.

Bereits aus der Beantwortung der schriftlichen Anfrage zur Strategie gegen häusliche Gewalt in Dübendorf vom März 2026 geht hervor, dass in Dübendorf bereits verschiedene Strukturen und Kooperationen bestehen. Ob es darüber hinaus weitere Massnahmen braucht bzw. inwieweit eine Strategiepapier auch effektiv konkrete und wirkungsvolle Massnahmen aufzeigen kann, darüber bestehen in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen. Zentral ist für uns, dass bei einer



Überweisung des Postulats dann nicht nur – man könnte auch sagen «wieder» - ein Papier mehr für die Schublade produziert wird. Ein Papier, das nota bene personelle und finanzielle Ressourcen benötigt.

Ganz zentral ist für uns von der glp, dass bei solchen Vorstössen am Ende auch wirklich konkrete Massnahmen aufgezeigt werden und insbesondere dann auch ausgelöst werden – sei es direkt durch den Stadtrat oder über einen allfälligen Kredit durch den Gemeinderat. Darüber, ob dies dann realistischerweise im vorliegenden Fall auch geschehen würde, sind die Meinungen in unserer Fraktion geteilt.

Die Fraktion der Grünliberalen ist daher bezüglich einer Überweisung des Postulats geteilter Meinung.»

#### Sofia van Moorsel (SP)

«Ich muss jetzt spontan noch auf ein paar Dinge reagieren. Das Eine ist, dass wir mit diesem Postulat keine Parallelkampagne zu Bund- oder kantonalen Massnahmen verlangen wollen. Das steht nirgends, es steht explizit – wie es gerade Nicole schön zusammengefasst hat – dass wir eben genau die Lücken aufzeigen wollen. Dass dort, wo wir ergänzen können, dort, wo wir kantonale oder nationale Strategien für die Leute sichtbar machen können. Nicht natürlich eine zweite Hotline, das macht überhaupt keinen Sinn. Aber wir wollen, dass jede Frau in Dübendorf weiss, dass es diese Hotline gibt. Das kann mir jetzt niemand hier drin sagen, dass das aktuell der Fall ist. 100 % nicht. Die Frage ist einfach: Hat Dübendorf eine Strategie, damit alle Frauen hier in der Stadt wissen, dass sie diese Nummer anrufen können, dass sie wissen, wo sie hingehen können? In der schriftlichen Anfrage des Stadtrats stand, man könne auf der Webseite einfach Gewalt googeln und dann kommen alle Resultate heraus. Das ist übrigens nicht der Fall. Wir haben das ausprobiert und es kam «Diese Seite ist nicht auffindbar». Also es kann einfach nicht sein, dass unsere Strategie in der Stadt Dübendorf ist: Bitte gehen Sie auf die Webseite der Stadt und googeln Sie Gewalt. Wir sollten doch als Stadt mit irgendwie 33'000 Einwohnern irgendwie eine Strategie haben zu diesem Thema, wie wir auch zu ganz vielen anderen Themen, wie z.B. beim Umgang mit dem Fuchs. Also ich finde, wenn wir wirklich eine konkrete Idee haben, wie wir mit dem Fuchs umgehen sollen, können wir bitte auch eine Idee haben, wie wir mit häuslicher Gewalt umgehen, was jetzt noch nicht so ist. Was die zusätzlichen personellen Ressourcen und Kosten betrifft, ist jetzt, glaube ich, gerade nach dieser Debatte mit der Jahresrechnung ein wenig fehl am Platz, um zu sagen, dass wir nicht das Geld dafür haben, um ein paar Flyer zu drucken um ein paar Frauen zu erreichen. Ich bin ganz sicher, dass wir ein paar Opfern helfen können. Es ist einfach zu behaupten, dass mit diesem Postulat, mit diesem Massnahmenplan und der Strategie niemandem in dieser Stadt geholfen ist. Das ist einfach geraten. Das stimmt doch nicht. Vielen Dank.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat hat mit 18 zu 13 Stimmen die Überweisung des Postulats von Sofia van Moorsel (SP) und 12 Mitunterzeichnenden «Strategie im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in Dübendorf» an den Stadtrat abgelehnt.

#### **8. Verabschiedung des ausscheidenden Mitglieds des Stadtrates der Legislaturperiode 2022-2026**

---

#### Julian Croci (SP/GP)

«Bevor wir die Sitzung schliessen, kommen wir zum letzten Traktandum in dieser Sitzung «Verabschiedung des ausscheidenden Mitglieds des Stadtrates der Legislaturperiode 2022-2026».



Es ist üblich, dass neben den ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder auch die ausscheidenden Stadtratsmitglieder gedankt und verabschiedet werden. Da die Legislatur des Stadtrates erst auf Ende Juni endet und die des Gemeinderates bereits Ende Mai geendet hat, wird die Verabschiedung des ausscheidenden Stadtratsmitglieds heute vor-genommen.

Dementsprechend nehmen wir die Verabschiedung des ausgeschiedenen Stadtratsmitglieds von Martin Bäumle heute vor. Dafür darf ich das Wort unserem Stadtratspräsidenten, André Ingold, übergeben.»

### Stadtpräsident André Ingold (SVP)

«Lieber Martin, heute verabschieden wir eine Persönlichkeit, die die politische Entwicklung unserer Stadt während vier Jahrzehnten entscheidend mitgeprägt hat. Dein Engagement für Dübendorf begann bereits 1986 als Mitglied des Wahlbüros. Es folgten acht Jahre im Gemeinderat von 1990 bis 1998. Im Jahre 1996/1997 hast du diesen Rat als Präsident sogar geleitet. 1998 wurdest du in den Stadtrat gewählt und hast seither während 28 Jahren als Finanzvorstand die Geschicke unserer Stadt mitbestimmt. Dass du seit 2006 bei jeder Wiederwahl das beste Wahlergebnis erzielt hast, ist Ausdruck des grossen Vertrauens, das dir die Bevölkerung entgegengebracht hat. Dieses Vertrauen musstest du dir immer wieder neu verdienen – und genau das ist dir gelungen. Wenn man auf deine Amtszeit zurückblickt, wird eines besonders deutlich: Die finanzielle Entwicklung der Stadt Dübendorf trägt unverkennbar deine Handschrift. Unter deiner Führung konnten die Schulden der Stadt konsequent abgebaut werden. Gleichzeitig steht Dübendorf heute finanziell auf einem sehr soliden Fundament. Besonders bemerkenswert ist, dass der Steuerfuss der politischen Gemeinde seit deinem Amtsantritt um mehr als 20 Prozentpunkte gesenkt werden konnte. Dies gelang nicht durch Zufall, sondern durch vorausschauende Planung, finanzielle Disziplin und einen langfristigen Blick auf das Wohl unserer Stadt. Doch deine Arbeit beschränkte sich nie auf die klassischen Aufgaben eines Finanzvorstandes. Du hast wichtige Zukunftsprojekte begleitet und mitgestaltet. Hier erwähnt zum Beispiel die Verselbständigung der Stiftung Pensionskasse der Stadt Dübendorf im Jahr 2013. Bei der WFD AG hast du die Interessen der Stadt gegenüber Kanton, Bund und privaten Partnern erfolgreich vertreten. Als Mitglied des Stiftungsrates des Innovationsparks hast du die Entwicklung eines Projektes mitgeprägt, das weit über die Stadtgrenzen hinaus Bedeutung besitzt. Und bis heute arbeitest du mit grossem Engagement an wichtigen Zukunftsthemen wie der Arealentwicklung Gumpisbühl und Leepünt und weiteren. Hinzu kommen zahlreiche Mandate, die du im Auftrag des Stadtrates übernommen hast. Seit 2006 engagierst du dich im Verwaltungsrat der Glattwerk AG und stehst diesem heute für die nächsten 2 bis max. 4 Jahre als Präsident vor. Du hast die Stadt in der Strategieguppe Flugplatz Dübendorf zusammen mit dem Stadtpräsidenten vertreten. Als Verhandlungsdelegierter hast du dich für die Interessen unserer Stadt bei den Wasserversorgungen Tobelhof-Gockhausen-Geeren sowie Dübendorf eingesetzt. Daneben hast du über die Jahre in unzähligen Kommissionen und Ausschüssen mitgewirkt – von der Informatikkommission über die Jugendkommission bis hin zur Planungskommission. Die Aufzählungen sind nicht abschliessend.

Lieber Martin, was all diese Funktionen gemeinsam haben, ist nicht die Anzahl der Sitzungen, die Länge der Traktandenlisten oder die Vielzahl der Dossiers. Gemeinsam ist ihnen dein unermüdlicher Einsatz für Dübendorf. Du hast Verantwortung übernommen, wo Verantwortung gefragt war. Du hast langfristig gedacht, wo kurzfristige Lösungen verlockend gewesen wären. Und du hast stets das Wohl unserer Stadt im Fokus gehabt. Für deinen ausserordentlichen Einsatz, für deine jahrzehntelange Arbeit und für deine grossen Verdienste um die Stadt Dübendorf sprechen wir dir heute unseren tiefen Dank und unsere grosse Anerkennung aus. Wir wünschen dir für den kommenden Lebensabschnitt Zeit für all das, was neben der Politik vielleicht zu kurz gekommen ist, viele schöne Momente, beste Gesundheit und weiterhin viel Freude an den Dingen, die dir wichtig sind.

Lieber Martin, im Namen des gesamten Rates, am Stadtrat und der Bevölkerung von Dübendorf: Herzlichen Dank für alles, was du für unsere Stadt geleistet hast. Zum Dank übergebe ich dir den obligaten Silbertaler der Stadt Dübendorf. Der Stadtrat wird dich noch im September im Rahmen



eines internen Anlasses gebührend verabschieden. Wir wünschen dir alles Gute für die Zukunft. Danke Martin.»

\*\*\*Stadtpräsident André Ingold (SVP) überreicht dem Finanzvorstand, Martin Bäumle (glp/GEU) den traditionellen Silbertaler\*\*\*

## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

## **Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 24. August 2026 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 7. September 2026 festlegen.

Damit ist die 2. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2026-2030 geschlossen.

---

Schluss der Sitzung: 21:08 Uhr

## **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Friederike Häfeli  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Julian Croci  
Gemeinderatspräsident